

Landesinfo Baden-Württemberg



Die LINKEN-Abgeordneten Heike Hänsel, Annette Groth und Karin Binder besuchten die türkisch-syrische Grenze und rufen auf zur Solidarität mit den kurdischen Flüchtlingen.

Freihandel
Aktionstag gegen
TTIP s. 4

Heidelberg, Heilbronn
Sozialticket ist ein
Erfolgsmodell s. 12

Syrien/Türkei
Suruc/Rojane: Ein
Hilferuf s. 16

Flüchtlinge
Humanität nach
Zahlen s. 6

Gemeinde- /Kreisräte
LINKE stellen sich
vor s. 13

Landtagswahl 2016
Fahrplan und
Debatte s. 22

Inhalt

■ ■ ■ ■	Michael Schlecht: Konjunkturprogramm jetzt!	5
■ ■ ■ ■	Flüchtlingsgipfel der Landesregierung	6
■ ■ ■ ■	Karin Binder besucht die Landeserstaufnahmestelle	7
■ ■ ■ ■	Aktionsbündnis gegen Armut und Wohnungsnot	9
■ ■ ■ ■	Kommunalpolitischer Bildungstag am 29.11.	12
■ ■ ■ ■	Tübingen: Hirschgeweih im Stadtwappen entfernen!	13
■ ■ ■ ■	Rojava braucht unsere Solidarität!	17
■ ■ ■ ■	Interview mit Gökay Akbulut im „Mannheimer Morgen“	20
■ ■ ■ ■	Landtagswahl 2016: Thesen zur Strategiedebatte	22

Das nächste Landesinfo erscheint im Dezember 2014.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 4/2014 ist der 8. Dezember.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Walter Kubach und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft, e-mail: alfred.kuestler@gnn-verlage.com

Druck: Kössinger AG, 84069 Schierling

Landesparteitag am 6./7. Dezember 2014

**Stuttgart, Bürgerhaus Möhringen,
Filderbahnplatz 32, 70567 Stuttgart
Beginn am Samstag, 6.12. um 10.15 h, Einlass ab 9 Uhr**

Auf der Tagesordnung stehen u.a.: Berichte des Landesvorstandes, Beschluss zur Teilnahme an der Landtagswahl 2016, Foren zu Themen der Landespolitik, Debatten zu TTIP und Antikriegspolitik, Nachwahl von zwei weiblichen Plätzen im Landesvorstand.

Für Samstagnachmittag sind landespolitische Foren auf dem Parteitag vorgesehen, besetzt auch mit Gästen. Es werden vier oder fünf Foren stattfinden. Die Delegierten bitten wir um Rückmeldung, wo sie teilnehmen wollen.

1. Gegen Armut in einem reichen Bundesland.
2. Bildung ohne Auslese. Schule, Hochschule
3. Energie/Umwelt/Verkehr; Regionalverkehr in der Fläche.
4. Hilfe für Flüchtlinge in Baden-Württemberg
5. Wohnen / bezahlbare Mieten

Landesausschuss beriet am 19. Oktober

Auf der Landesausschusssitzung am 19. Oktober berichtete Heike Hänsel von ihrer Reise nach Kobane. Die Mitglieder des Landesausschuss haben zwei Resolutionen verabschiedet: 1. „Unterstützt Kobane“ und 2. „Flüchtlinge sind uns willkommen“. Beide Texte sind in diesem Landesinfo abgedruckt.

Christoph Cornides berichtete über Parteientwicklung, Finanzen und Parteaufbaukonzept. Bernhard Strasdeit stellte Thesen zur Wahlstrategie und den Fahrplan zur Landtagswahl 2016 vor. Außerdem wurde eine Empfehlung abgestimmt, dass beim Landesparteitag im Dezember landespolitische Foren stattfinden.

*Guadrin Glemser
(Präsidium Landesausschuss)*

„Das muss drin sein“ – LINKE startet Mitmach-Kampagne gegen die Zumutungen des prekären Lebens

DIE LINKE wird sich bundesweit im Rahmen einer Dachkampagne bis zur nächsten Bundestagswahl mit dem Thema *Armut, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse* beschäftigen. Dazu wird im Landesverband eine Arbeitsgruppe bzw. ein Kampagnenrat gebildet. Wer daran mitarbeiten will, bitte in der Landesgeschäftsstelle melden oder im Freiburger Büro bei Daniel Anton. Die Kampagne wird auf dem Landeparteitag (Forum 1) und im nächsten Info vorgestellt.

schwächt und damit alle Beschäftigten.

Seit 2000 sind 4,3 Millionen „bad Jobs“ entstanden: die massive Ausweitung von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung in Gestalt von Mini-Jobs und von Leiharbeit. Viel zu viele Menschen müssen in diesen Jobs dann auch noch befristet arbeiten. Außerdem sind viele in die Selbstständigkeit gedrängt, damit Arbeitgeber sich die Sozialversicherungsbeiträge sparen können. Gleichzeitig sind seit 2000 rund 1,7 Millionen Vollzeitarbeitsplätze vernichtet worden. Die Regierung brüstet sich damit, dass in den letzten Jahren der Verlust sich verringert hat. 2010 lag er noch bei 2,6 Millionen reguläre Vollzeitstellen.

Anbei ein Text von Michael Schlecht: **Prekäre Beschäftigung betrifft alle** Werkverträge, Leiharbeit, Befristung, unfreiwillige Teilzeit, Niedriglöhne sind für rund 13 Millionen in Deutschland bittere Realität. Die Jubelchöre der Bundesregierung über Beschäftigungsrekorde müssen ihnen wie blanker Hohn vorkommen. Es geht aber nicht nur um die unmittelbar Betroffenen. Die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften, letztlich sogar die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie wird durch die Prekarisierung der Arbeitswelt massiv ge-

Unter dem Strich bleibt ein Plus von 2,6 Millionen zusätzlichen Jobs seit 2000. Zum größten Teil sind es prekäre Jobs, die in der Regel miserabel bezahlt werden. Und die Beschäftigten trauen sich in der Regel aufgrund des unsicheren Arbeitsverhältnisses nicht, für ihre Interessen zu kämpfen. Häufig sind sie isoliert und haben nicht einmal Kontakt zur Gewerkschaft. – Die prekäre

Beschäftigung hat sich – nachdem Rot-Grün die Schutzzäune niedergerissen hatte – immer mehr in die betriebliche Realität hineingefressen. Leiharbeit, Werkverträge und auch Befristungen sind Instrumente, um die Löhne und Arbeitnehmerrechte unmittelbar zu drücken. Mittelbar wird gleichzeitig der Stammebelegschaft verdeutlicht, dass auch andere, billigere, prekär Beschäftigte ihre Arbeit übernehmen können. Dies führt zur Disziplinierung und zur Entsolidarisierung. Rückwirkend wird so die Wahrnehmung von Interessen erschwert.

Dadurch sind generell die Handlungsmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in den letzten zehn Jahren deutlich schwieriger geworden. Die Tarifbindung und die Durchsetzungsbedingungen für erfolgreiche Tarifabschlüsse wurden deutlich verschlechtert. Die Tarifautonomie ist in Deutschland durch das Grundgesetz geschützt. Mit der Agendapolitik wurde sie jedoch indirekt massiv beschädigt.

Das hat Folgen für alle. Die preisbereinigte Summe der Entgelte, die alle Beschäftigten bekommen haben, ist gerade einmal um zwei Prozent – genau um 1,8 Prozent – seit 2000 gestiegen. Dies entspricht einem jährlichen Plus von etwas mehr als 0,1 Prozent!

Der Reallohn je Beschäftigten ist im Durchschnitt um 3,7 Prozent gesunken.

Die Prekarisierung in der Arbeitswelt setzt sich in anderen Lebensbereichen fort. Wer in Leiharbeit oder Kettenbefristungen festhängt, erreicht oft nicht eine ausreichende Anwartschaft auf Arbeitslosengeld I und rutscht so gleich in Hartz IV. Für viele prekär Beschäftigte gehört Hartz IV sowieso zum Alltag dazu. Trotz teilweise sogar Vollzeitbeschäftigung müssen sie ihren spärlichen Lohn vom Amt aufstocken lassen, um über die Runden zu kommen.

Wer im Arbeitsleben in prekärer Beschäftigung festhängt, bleibt in prekären Lebensverhältnissen auch im Alter gefangen. Viele prekär Beschäftigte schaffen es nicht, durch Unterbrechungen der Arbeit beispielsweise bei Befristung oder generell durch zu geringe Löhne, einen ausreichenden Rentenanspruch zu erwerben. Geschweige denn selbst etwas fürs Alter zurückzuliegen.

Die Bundesregierung feiert aber lieber weiterhin den Beschäftigungsrekord und begnügt sich wie beim Mindestlohn mit halbwegs wackelnden Sachen. Oder will gleich gar nichts wissen, wie bei der Leiharbeit. Die LINKE wird mit einer Kampagne aktiv gegen prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen kämpfen.

Eine ausführliche Analyse zu prekärer Beschäftigung unter www.michael-schlecht-mdb.de.

Aktionstag gegen TTIP am 11. Oktober

In Ulm machte das regionale „Bündnis STOP TTIP Alb-Donau-Iller“ mit einer Kundgebung Dampf. Hauptredner war Klaus Ernst (MdB). Rund 400 Menschen kamen zum zentral gelegenen Weinhof, um ihrem Unmut gegen die geheimverhandelten antidemokratischen Abkommen Ausdruck zu verleihen. Die kämpferische Stimmung machte Mut – nicht nur für die weitere parlamentarische Arbeit gegen TTIP, CETA und TiSA. Die Zeiten, in denen die Regierenden unbehelligt in Hinterzimmern internationale Freihandelsabkommen ausgehecken können, sind definitiv vorbei – und das ist gut so! (Linksfraktion)

Aktion in Kehl ... „super dass wir am Samstag gemeinsam unseren Teil dazu beigetragen haben, das Freihandelsabkommen (hoffentlich!) zu verhindern. 221 Unterschriften sind ein tolles Ergebnis! Herzliche Grüße von Paul Bauer, DIE LINKE.Kehl“

... in Stuttgart: Ca. 1.500 Menschen sind dem Aufruf „Demokratie statt Konzernmacht!“ gefolgt. Ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen hat zur Demonstration und Kundgebung aufgerufen, um den Protest gegen das Freihandelsabkommen sichtbar auf

die Straße zu bringen. Denn was uns als Chance für mehr Arbeitsplätze verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Generalangriff auf demokratische Rechte, Sozial- und Umweltstandards. Der Protesttag wurde auch genutzt, um Unterschriften gegen dieses Abkommen zu sammeln. (Dagmar Uhlig, Kreisverband Stuttgart)

... und in Mannheim: Gemeinsam mit dem „March against Monsanto“ fanden die Proteste gegen das geplante Freihandelsabkommen statt. Rund 500 Menschen nahmen an dem Demozug vom Ehrenhof des Mannheimer Schlosses gen Paradeplatz teil, zu dem ein breites Bündnis aufgerufen hat (siehe Bild). Auch DIE LINKE ist Teil der europaweiten Demonstrationen – allein in Deutschland wurden in gut 150 Städ-



28.10.2014 – Katja Kipping, Parteivorsitzende

Niemand müsste arm sein

Das Statistische Bundesamt hat Zahlen zum Armutsrisiko in Deutschland veröffentlicht. Danach sind besonders Frauen gefährdet und die Kinderarmut nimmt zu. Die sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, erklärt:

Die vom Statistischen Bundesamt heute veröffentlichten Zahlen zum Armutsrisiko in Deutschland sind erschreckend – und das in mehrfacher Hinsicht: Trotz der wohlfeilen Worte aus der Regierung ändert sich am generell hohen Risiko, in Armut zu fallen, nichts. Trotz betroffener Mienen in der Regierung ändert sich am höheren Armutsrisiko für Frauen und Alleinerziehende nichts. Und trotz öffentlichkeitswirksamer Auftritte und Versprechungen steigt die Kinderarmut in Deutschland wieder an.

Dieser Zustand ist von Bundesregierungen jeglicher Farbkombination in den vergangenen Jahren bewusst in Kauf genommen worden. Niedriglöhne, Leiharbeit, die Hartz-IV-Gesetzgebung – all das sind Bausteine im festgefügteten Armutssystem. Auf der anderen Seite stoßen sich Konzerne und Banken auf Kosten der Allgemeinheit gesund. So vergrößert sich die Lücke zwischen Arm und Reich, so vergrößert sich die Kluft im sozialen Zusammenhalt und so wird sozialer Frieden im Land gefährdet.

Für DIE LINKE ist das nicht hinnehmbar. Armut darf es in einem so reichen Land wie Deutschland nicht geben. Und es gäbe einfache Mittel dagegen: Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn muss auf armutsfeste 10 Euro steigen, eine Mindestsicherung von 1050 Euro und die Abschaffung des Sanktionssystems bei Hartz IV sind Standards, die Deutschland umgehend einführen muss. Dazu ein gerechtes Steuersystem, das Konzerne und Superreiche ihrem Vermögen entsprechend in die Verantwortung nimmt.

ten Aktivitäten für diesen Europäischen Aktionstag gegen TTIP angemeldet.

Erster Redner auf der abschließenden Kundgebung auf dem Paradeplatz war Michael Schlecht, MdB in Mannheim. Er betonte, dass die Schiedsgerichtsbarkeit der springende Punkt sei, da hiermit ein paralleles Rechtssystem geschaffen würde. Dieser Punkt ist entgegen anderer Behauptungen auch längst nicht vom Verhandlungstisch. Ferner wies Michael auf die zwiespältige Position der SPD hin: Sie habe einerseits in einer Klausur gemeinsam mit der DGB-Spitze vernünftige Kriterien gesetzt, diese aber im Bundestag nicht vertreten. Ein Antrag der LINKEN mit genau diesen Kriterien sei aggressiv von Gabriel und Vertretern der Grünen zurückgewiesen worden. Dennoch ist es wichtig, weiter zu kämpfen. Auch, damit der Widerstand innerhalb der SPD weiter zunimmt. Die stetigen Versuche, dieses Abkommen zu legitimieren zeigen deutlich, dass der Druck wächst.

Das Mannheimer Bündnis gegen TTIP besteht aus Attac Mannheim, Attac Ludwigshafen, DIE LINKE Mannheim, Linksjugend [solid] Mannheim, Grüne Jugend Mannheim, Jusos Mannheim, Piraten Mannheim, Rebell Mannheim, Eine-Welt-Forum, NGG Mannheim, Verdi Jugend Rhein-Neckar, Verdi Rhein-Neckar.

Sahra Mirow, Stadträtin in Heidelberg

TTIP ist Selbstentmündigung

Emanuel Peter (Stadt- und Kreisrat aus Rottenburg) im Schwäbischen Tagblatt: In Tübingen zeigte Thomas Oppermann, was die SPD von Demokratie hält: Er verteidigt die „Chance“, in Geheimverhandlungen mit 600 Konzern-Lobbyisten über ein „Freihandelsabkommen“ (TTIP) zu verhandeln.

Nicht nur EU-Parlamentarier sind ausgeschlossen, auch alle Spitzenverbände der Städte. Das TTIP soll die Profite der Multis vor Mindestlohn, Umweltschutz und Rückkauf von Was-

ser, Energie usw. schützen. Das sind „Handelshemmnisse“, die die Konzerne mit Hilfe von unkontrollierbaren „Schlichtungsverfahren“ und hohen Schadenssummen gegen die Staaten durchsetzen wollen. Ein privatisierter Wasserbetrieb darf niemals wieder von einer Stadt zurückgekauft werden. Rottenburg nimmt jährlich ca. 900.000 Euro von den Stadtwerken ein: Preisgünstiger Familien-Eintritt in Schwimmbäder, subventionierte Tarife oder Sozialtickets im ÖPNV werden als „Wettbewerbsverzerrer“ künftig durch TTIP beseitigt. Die SPD verrät die kommunale Selbstverwaltung und uns Bürger.

TTIP ist weit mehr als Chlorhühnchen und gentechnisch verseuchte Saat- und Lebensmittel. TTIP ist die Selbstentmündigung der Politik, es beseitigt demokratisch gefasste Beschlüsse in unseren Städten, Ländern und im Bundestag: Demokratie ist nur noch erlaubt, wenn keine Profitinteressen berührt werden.

SÖS-LINKE-PluS: TTIP-Antrag im Stuttgarter Gemeinderat

Öffentliches Dienstleistungs- und Vergabewesen vor Freihandelsabkommen TTIP / TISA / CETA schützen

Die EU verhandelt derzeit mit den USA, Kanada und weiteren Ländern um die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA (Erläuterungen im Anhang). Die Verhandlungen laufen weitgehend hinter verschlossenen Türen. Durch geleakte Papiere sind jedoch einige Pläne bekannt geworden, die nun von etlichen Nichtregierungsorganisationen zu Recht scharf kritisiert werden. Werden die Verträge der Freihandelsabkommen so, wie bislang verhandelt, ratifiziert, droht ein Abbau von demokratischen, ökologischen und sozialen Standards sowie Verbraucherschutzrechten. Auch für die Kommunen wären die Auswirkungen massiv: Durch eine Investorenschutzklausel, die vor unabhängigen Schiedsgerichten durchgesetzt werden könnte, blieben die Kommunen praktisch ohne jedes Mitspracherecht. Gegen ihren Willen könnten Privatisierungen durchgesetzt werden, für Dienstleistungen und nahezu die gesamte Daseinsvorsorge würde eine Marktzugangspflicht gelten.

Bereits am 8.11.2013 hat der Bayerische Städtetag in einer Pressemitteilung deutliche Kritik an den Verhandlungen um die Freihandelsabkommen geäußert und auf die daraus resultierenden Risiken für die Kommunen hingewiesen (Siehe Anhang). Diesem Vorstoß hat der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags am 12. Februar 2014 zugestimmt und fordert per Beschluss einen verstärkten Einsatz der Bundesregierung bei der



EU-Kommission, um die kommunale Daseinsvorsorge von den Verhandlungen auszuschließen. Von der EU-Kommission fordert der Deutsche Städtetag „das Mandat über die Verhandlungen offen zu legen und über den Verhandlungsprozess regelmäßig zu berichten“. OB Kuhn hat diese Kritik in einem Brief an Ministerpräsident Kretschmann bestätigt und gleiche Forderungen gestellt (Pressemitteilung vom 16. September 2014). Dem Beschluss des Städtetags haben sich bundesweit bereits mehrere Gemeinderäte angeschlossen, zum Beispiel München, Hannover, Solingen und Kassel.

Auch auf breiter gesellschaftlicher Ebene regt sich zunehmend Widerstand gegen die Verhandlungen. Ein großes Bündnis aus 65 Organisationen hat sich in Deutschland gebildet, darunter z.B. der BUND und der NABU, die CIR – Christliche Initiative Romeo oder WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung. Das Bündnis nennt sich „TTIP unfairhandelbar“ und hat mit einer Petition über 715.000 Unterschrif-

ten gegen das Freihandelsabkommen gesammelt. Im internationalen Bündnis „Stop TTIP“ sind über 240 Organisationen vertreten. Angesichts der massiven Auswirkungen, die die Bedingungen des Abkommens für die Stadt Stuttgart bedeuten würde, muss sich auch der Gemeinderat deutlich gegen die Verhandlungen positionieren und eigene Initiativen zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger ergreifen.

Wir beantragen:

Der Gemeinderat erklärt seine Ablehnung von TTIP, TISA und CETA

1. und der daraus resultierenden Einschränkungen kommunaler Selbstverwaltung. Er schließt sich der im Beschluss vom 12. Februar 2014 erklärten Position des Deutschen Städtetags an.

2. Das Thema „Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Kommunen“ kommt im nächsten Verwaltungsausschuss zur Diskussion auf die Tagesordnung.

3. Der Gemeinderat setzt sich für mehr Aufklärung der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger ein, indem er eine öffentliche Veranstaltung zu oben genanntem Thema ausrichtet. Dazu wird ein Vertreter des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ oder „Stop TTIP“ als Referent geladen.

7.10.2014, Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS. Thomas Adler, Hannes Rockenbauch, Laura Halding-Hoppenheit, Guntrun Müller-Enßlin, Christoph Ozasek, Gangolf Stocker, Stefan Urbat, Christian Walter

50 Milliarden Konjunkturprogramm jetzt!

Michael Schlecht (MdB), wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE; 12.10.2014.

Es war abzusehen, und nun ist es eingetroffen: Die deutsche Wirtschaft ist im Abschwung. Rezession droht. Seit langem warnt DIE LINKE, dass der harte Sparkurs Europa ins Verderben führt. Angesichts der katastrophalen neuen Konjunkturdaten sehen dies nun sogar die Wirtschaftsberater der Bundesregierung ein. Nur einer bleibt standhaft bei seiner falschen Meinung: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Seit Jahren überzieht die Bundesregierung Europa mit ihrem Kürzungsdiktat. Staatsausgaben und Löhne werden gedrückt. Die „Konsolidierung der öffentlichen Haushalte“, so das Mantra, sei „alternativlos“, schaffe Vertrauen bei den Unternehmen, das bringe wiederum Investitionen und den Aufschwung. Die deutsche Wirtschaft befinde sich in einem „breit angelegten Aufschwung“, warb noch im Juli die Bundesregierung für ihre Absturzstrategie. Wer's glaubte, war selig.

Doch schon im zweiten Quartal 2014 schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland. Dies wurde noch mit „Sonderfaktoren“ und dem Wetter erklärt. Der Aufschwung werde sich schon bald fortsetzen, versprach die Politik. Aber nichts da! Seit Monaten fallen die Stimmungsindikatoren der Wirtschaft. Und die aktuellen harten Daten vom August sind katastrophal. Auftragseingänge der Industrie Minus 5,7 Prozent. Industrieproduktion Minus 4,0 Prozent. Exporte Minus 5,8 Prozent. Derartige Rückgänge gab es seit dem Krisenjahr 2009 nicht mehr.

Für den Abschwung werden nun alle möglichen Gründe angeführt: Bürgerkrieg in der Ukraine, Sanktionen gegen Russland, Kämpfe in Irak und Syrien, Ebola, Konjunkturschwäche im fernen Brasilien und so weiter. Tenor: Schuld sind die anderen!

Doch diese Analyse ist falsch. Die deutsche Wirtschaft hat zwei grundsätzliche Probleme:

Erstens die anhaltende Euro-Krise, die mit der Merkelschen Kürzungs- und Strangulierungspolitik vertieft und verlängert wird. Solange die Wirtschaft unserer Nachbarn am Boden liegt, solange schafft auch Deutschland kein nachhaltiges Wachstum. Schließlich gehen nahezu 40 Prozent der deutschen Exporte in die Euro-Zone.

Zweitens sind die Lohnerhöhungen in Deutschland nicht stark genug, um die Binnenwirtschaft richtig anzuschieben. In den letzten Jahren sind zum Teil Löhne wieder etwas gestiegen, aber

im Vergleich mit 2000 liegt der durchschnittliche Reallohn immer noch um 3,7 Prozent niedriger. Mit konsequenten Arbeitsmarktreformen, wie Verbot der Leiharbeit, massive Beschränkung von Werkverträgen und Befristungen nur noch mit Sachgrund müssen die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten gestärkt und so deutlich höhere Löhne ermöglicht werden.

Nun appelliert der Internationale Währungsfonds dringend an die Bundesregierung, mehr für Investitionen auszugeben. Und selbst wirtschaftsliberale Institutionen wie die großen Wirtschaftsforschungsinstitute stellen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose fest: Der Sparkurs der Regierung ist falsch. Wenn die Wirtschaft nicht läuft, wenn Nachfrage fehlt, dann darf der Staat nicht auch noch sparen, sprich: Überschüsse erwirtschaften. Das ist Unsinn! Darin sind sich sogar die sonst so streitlustigen Ökonomen einig. Nur einer bleibt hart: Wolfgang Schäuble.

Der Bundesfinanzminister warnte vergangene Woche vor einer „törichten“ Abkehr von der Haushaltsdisziplin. Es müsse weiter gespart werden, denn die wichtigste Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum in europäischen Volkswirtschaften sei Vertrauen. Den Ruf nach mehr öffentlichen Investitionen erteilte er letztlich eine Abfuhr: Keinesfalls dürfe aber das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, der „schwarzen Null“ gefährdet werden. Der Wirtschaftsno-belpreisträger Paul Krugman kommentierte dies mit: „Gegen die Dummheit kämpfen selbst die Götter vergebens.“

Jetzt muss auch von staatlicher Seite dem drohenden wirtschaftlichen Absturz entgegen gewirkt werden. Es ist hohe Zeit für ein Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro. In Anbetracht des katastrophalen Zustandes der Straßen, Brücken und Gebäuden gibt es mehr als genug Möglichkeiten sinnvoll die Binnenwirtschaft anzukurbeln.

Perspektivisch muss diese Kehrtwende bei den öffentlichen Investitionen verstetigt werden durch ein dauerhaftes Zukunftsprogramm von 100 Milliarden Euro jährlich für öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr und Energiewende.

Das notwendige Geld um mit dem Konjunkturprogramm sofort zu beginnen kann aufgebracht werden, indem Minister Schäuble sich von seiner „schwarze Null“ im Haushalt 2015 verabschiedet. Deutschland kann angesichts der niedrigen Zinsen sich das Geld quasi umsonst leihen. Darüber hinaus müssen endlich Reiche und Vermögende zur Kasse gebeten werden. Allein schon mit der von der Linken geforderten Milliardensteuer können mehr als 80 Milliarden an zusätzlichen Einnahmen erzielt werden.

Nahles plant Streikbruch per Gesetz

Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, übt scharfe Kritik an den Plänen von Arbeitsministerin Nahles für eine Einschränkung des Handlungsspielraums kleinerer Gewerkschaften. Er erklärt: Es ist einfach nicht wahr, wenn die Arbeitsministerin behauptet, ihr Gesetz greife nicht in das Streikrecht ein. Was Frau Nahles da vorgelegt hat, ist in Wahrheit Streikbruch per Gesetz.

Hier wird ganz offen in die vom Grundgesetz geschützte Koalitionsfreiheit eingegriffen. Frau Nahles weiß sehr gut, dass es in Deutschland gar kein kodifiziertes Streikgesetz gibt, sondern dass das Streikrecht im Wesentlichen durch Richterrecht gestaltet wird. Aber wenn Gewerkschaften das Recht genommen wird, Tarifverträge zu verhandeln, dann wird ihnen effektiv auch das Streikrecht genommen. In Deutschland wird nicht zu viel gestreikt. Die Bundesrepublik liegt in der Streikstatistik regelmäßig auf einem der hintersten Plätze. Das Gejammer um eine Chimäre kann nicht ernsthaft der Vorwand sein, um eines der zentralen Gewerkschaftsrechte zu schleifen. Ohne kampfbereite und streikfähige Gewerkschaften gehen die Reallöhne auf Schrupfkurs. Dieses Gesetz darf nicht Realität werden.

Maschinenbau mit ungewissen Aussichten

Richard Pitterle (MdB) besuchte in Stuttgart die Messe der Maschinenbauer AMB.

„Im Moment zeigen sich die mittelständischen Maschinenbauer zufrieden. Und eine Messe ist nicht der Ort, wo von Sorgen gesprochen wird, da herrscht Zweckoptimismus. Denn niemand kauft bei jemandem, der sich Sorgen um die Zukunft macht. Und objektiv ist es ja so, dass in den letzten Jahren Umsätze, Beschäftigung und Ausbildung in der Branche durchweg zugelegt haben“, so beurteilt der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle, die gewollte Außenwirkung der Aussteller.

Produktivitätsschübe kommen in der Gesellschaft nicht an

„Wenn man allerdings genau zuhört, dann merkt man, dass doch eine gewisse Unsicherheit herrscht. Einerseits steht die Wirtschaft allgemein vor einer für den Kapitalismus üblichen Überproduktionskrise, es sind zu viele Kapazitäten am Markt. Die positive Nachricht ist, dass der Daimler-Konzern seinen eigenen Maschinenbau in Sindelfingen konzentrieren möchte und dort in dreistelliger Millionenhöhe investiert. Das wird in der Branche als Signal nach vorne verstanden. Demgegenüber steht

jedoch das Gerücht, dass bei Daimler ein Milliardengeschäft mit Russland platzen könnte, was mit den Sanktionsdrohungen der EU gegenüber Russland zu tun hat. Die Krise in der Ostukraine drückt auf die Stimmung,“ ist sich Pitterle sicher: „In der nächsten Zeit wird es hier krisenbedingt sicherlich zu Konzentrationen kommen, in bekannter Weise mit einem gewaltigen Produktivitätszuwachs, der auf Grund des so genannten Fachkräftemangels aber wahrscheinlich keine Auswirkungen auf die Beschäftigung bei uns haben wird. Woanders natürlich schon. Der hier auf der Messe gezeigte technologische Fortschritt ist zutiefst beeindruckend. Und dann ärgert es mich als Linker jedes Mal, dass von diesem gewaltigen Fortschrittspotential doch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil in der Gesellschaft ankommt“, so Pitterle.

„Der Pro-TTIP-Lobbyismus der Maschinenbauer ist vollkommen daneben“

Richard Pitterle kritisiert die Äußerungen des Verbandspräsidenten Koch, der die Bundesregierung zu TTIP drängt: „Die Maschinenbauer erhoffen sich von der Freihandelszone mit den USA einen weiteren Vorteil auf dem amerikanischen Markt. Aber damit wird die europäische Krise in die USA exportiert. Diese gründet sich ja vor allem auf den langfristig anhaltenden niederen Lohnstückkosten in Deutschland bei einheitlicher Währung, also ohne Möglichkeit, dass andere europäische Nationalstaaten abwerten können. Bei Wegfall der Zölle könnten die USA natürlich den Dollar abwerten, was aber auch andere Produkte verteuern würde und ihre Auslandsinvestitionen erschweren würde. Deshalb werden sie das zu verhindern suchen, was dazu führen kann, dass amerikanische Firmen den gewachsenen Konkurrenzdruck an die Beschäftigten weitergeben oder schlichtweg schließen müssen. Mittel- und langfristig fallen die Amerikaner als Kunden der hiesigen Maschinenbauer dann weg. Deshalb ist der Pro-TTIP-Lobbyismus der Maschinenbauer vollkommen daneben.“



Kundgebung des Flüchtlingsrates „Roma haben kein ‚sicheres Herkunftsland‘“ am 13. September in Stuttgart



Flüchtlinge im Bundestag: Hänsel kritisiert Asylrechtsverschärfung und MP Kretschmann

Eine Gruppe von knapp zwanzig Flüchtlingen, u.a. aus Afghanistan, Syrien, Kamerun und Mazedonien, vom Asylzentrum Tübingen besuchte im September die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (DIE LINKE) in Berlin. Auf dem Programm waren u.a. ein Besuch im Bundestag, in der Landesvertretung Baden-Württemberg, verschiedene Gedenkstätten und ein Gespräch mit Heike Hänsel. Zentrales Thema war die an diesem Tag durch den Bundesrat mehrheitlich beschlossene Asylrechtsverschärfung. Die Gesetzesänderung führt insbesondere bei Sinti und Roma zu enormen Ängsten. Unter den Teilnehmenden befanden sich auch einige betroffene Flüchtlinge aus den Balkanstaaten. Wie die Flüchtlinge selbst versichern konnten, würde eine Abschiebung sie in eine lebensbedrohliche Lage bringen. Heike Hänsel kritisierte die Zustimmung von Ministerpräsident Kretschmann und der grün-roten Landesregierung scharf: „Für ein paar kleine Verbesserungen hat Ministerpräsident Kretschmann einer weiteren Verstümmelung des Asylrechts zugestimmt. Die Konsequenzen wirken sich auch auf in Tübingen lebende Flüchtlinge aus. Jetzt sind wir alle gefordert, Unterstützung gegen mögliche Abschiebungen für diese Familien zu organisieren.“

Foto Deutscher Bundestag

Flüchtlingsgipfel der Landesregierung: Humanität nach Flüchtlingszahlen

Für die Landesregierung sei die „humanen Aufnahme von Flüchtlingen (...) nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern auch Herzenssache.“ So Ministerpräsident Kretschmann zu den Ergebnissen des „Flüchtlingsgipfels“ vom 13.10.¹⁾ Dem „Flüchtlingsgipfel“ lag ein umfangreiches Positionspapier des „Flüchtlingsrats Baden-Württemberg“²⁾ vor, das aber bei den Beschlüssen der Landesregierung kaum noch eine Rolle spielte.

Landeserstaufnahmeeinrichtungen: Bürgerkriegsflüchtlinge neben Truppenübungsplatz und KZ-Friedhof

Während der Flüchtlingsrat eine „proaktive Erstaufnahmepolitik“ und keine Notunterkünfte for-

derte, sind weitere 3000 Notunterkünfte geplant. Zusätzliches Personal soll bei den Regierungspräsidien und der Polizei geschaffen werden. Keine Rede von der Schaffung qualifizierter Sozialberatung und keine Absage an private Sicherheitsfirmen, die der Flüchtlingsrat nach den menschenrechtsverletzenden Misshandlungen von Flüchtlingen forderte.

Vorläufige Unterbringung in den Landkreisen: Containersiedlungen im Industriegebiet

Für die Flüchtlingsbetreuung (über 40% sind traumatisiert) ist im Gegensatz zu anderen Bundesländern kein Betreuungsschlüssel³⁾ festgelegt. Hier entscheiden die Kreistage: z.B. im Landkreis Ravensburg derzeit 1:160. Der Flüchtlingsrat fordert 1:100: Stillschweigen dazu bei der Landesregierung. Ebenso bei der Forderung nach der Verkürzung der Verweildauer in Sammelunterkünften und nach dem Vorrang der Wohnraumunterbringung. Dagegen geht Kretschmann mit der Bundesratsinitiative zur

Änderung baurechtlicher Vorschriften für „geeignete Liegenschaften in Gewerbegebieten“ hausieren.

Anschlussunterbringung in den Kommunen: Sozialer Wohnungsbau bleibt ausgeklammert

Mit insgesamt 30 Millionen Euro soll „rasch Wohnraum für die Anschlussunterbringung“ geschaffen werden. Damit folgt die Landesregierung zwar einer Forderung des Flüchtlingsrates. Der fordert aber darüber hinaus: „Flüchtlinge müssen als gleichwertige Bedarfsgruppe neben anderen Berechtigten in die kommunale soziale Wohnraumplanung einbezogen werden“. D.h., fehlender Wohnraum für Flüchtlinge ist auch ein Problem des vielerorts gegen Null gefahrenen sozialen Wohnungsbaus.

Soziale Integration und Arbeitsmarktzugang: Integrationskurse weiterhin tabu

„Unkomplizierten Zugang zu Deutschkursen“ verspricht die Landesregierung, ermöglicht aber wieder nicht das Nächstliegende: Die kostenlose Öffnung der bestehenden Integrationskurse für Flüchtlinge. Das Arbeitsverbot wurde im „Gesetz über die sicheren Herkunftsstaaten“ auf dem Papier von neun auf drei Monate reduziert, durch das 15-monatige Weiterbestehen der Vorrangigkeitsprüfung aber faktisch für 15 Monate aufrechterhalten. So wird das angekündigte „Sonderprogramm zur Arbeitsmarktintegration“, wenn überhaupt, auch erst dann greifen. Richtig wären die vollständige Abschaffung der Arbeitsverbote inklusive Vorrangigkeitsprüfung und die Stärkung der bestehenden Pilotprojekte und regionalen Bleiberechtsnetzwerke gewesen.



Aufnahmeprogramme: Zu wenig und bürokratische Hürden zu befürchten

Auch das dringend notwendige Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer sexueller Gewalt im Nordirak oder Syrien geworden sind, lässt eine ähnlich beschämende Begrenzung und bürokratische Hürden wie bei bisherigen Aufnahmeprogrammen befürchten. Unerlässlich ist die qualifizierte Betreuung z.B. durch Psychosoziale Zentren mit vollständiger Kostenübernahme, die der Flüchtlingsrat forderte.

Fazit:

Einige Flüchtlingsrats-Forderungen fanden Eingang in die Beratungen, eine schnelle Umsetzung wird aber durch fehlende Konkretisierung und allgemeine Absichtserklärungen verzögert werden.

Die grundsätzlichen Forderungen des Flüchtlingsrats, wie z.B. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, sind für die Landesregierung trotz

eigener Beschlusslage kein Thema – von wegen „Herzenssache“.

So werden viele Entscheidungen die Situation der Flüchtlinge nicht verbessern und die finanziellen Probleme für die Kommunen nicht lösen, sondern verschärfen. Um dem entgegenzuwirken, unterstützt Die Linke Baden-Württemberg die aktuellen Forderungen des Landkreistages nach realer Kostendeckung für die Kommunen.

*Ulrich Bamann,
Annette Groth (MdB)*

1) Ministerium für Integration Baden-Württemberg: „Flüchtlingsgipfel bringt umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg“, 14.10.2014

2) „Flüchtlingspolitisches Positionspapier zur Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Baden Württemberg“, Oktober 2014

3) Der Betreuungsschlüssel gibt an, für wie viele Flüchtlinge eine Betreuungsstelle zuständig ist

Karin Binder besucht die Landeserstaufnahmestelle Karlsruhe (LEA)

Bisher war die Erstaufnahmestelle in Karlsruhe (mit einer Außenstelle in Mannheim) die einzige im Land – hier mit ca. 950 Plätzen für Familien mit vielen Kindern, traumatisierten Frauen und Männern, allein reisenden Jugendlichen, für alle Flüchtlinge, die in BaWü ankamen, von der Polizei aufgegriffen oder einfach BaWü zugeordnet wurden. In der LEA erfolgt die Anmeldung und Datenerfassung für die Unterbringung und Verpflegung, die Ausgabe von Bettwäsche und Hygieneartikeln. Die Kleiderkammer wird von ehrenamtlichen HelferInnen betreut. Weiter findet eine Röntgen-Eingangsuntersuchung statt, insbesondere um ansteckenden Krankheiten wie Masern vorzubeugen und z.B. Tuberkulose auszuschließen. Der Aufenthalt der Flüchtlinge dort sollte max. 3-4 Wochen betragen. Dann sollten die Neuankömmlinge in die Landkreise verteilt werden. Im letzten Jahr wurden bis zu 14.000 Menschen hier als Erst-

antragsteller aufgenommen, aber allein in diesem September kamen schon weit mehr als 4.000 Flüchtlinge an. Seit 2008 steigen die Flüchtlingszahlen kontinuierlich an. Aber die Landesregierung reagiert erst, nachdem die Situation nicht mehr anders zu bewältigen ist. In einem der reichsten Länder der Welt herrscht in puncto Asyl fast so etwas wie Ausnahmezustand.

Bei unserem Besuch herrschte bereits am Eingang dichtes Gedränge. Unter Laubengängen liegen Matratzen vor den Gebäuden, offenbar haben hier Neuankömmlinge ihre erste Nacht verbracht. Die Räumlichkeiten sind vollkommen überfüllt. Ehemalige Sozialräume – wie die Teestube – sind längst aufgegeben und mit Schlafplätzen belegt. Der Kindergarten mit seinem Spielplatz und zwei ErzieherInnen ist längst Aufenthaltsbereich für hunderte von Kindern und Jugendlichen geworden. Das Gelände ist in keinem guten

Zustand. In den Sanitäreinrichtungen steht das Wasser. Im Gespräch mit den MitarbeiterInnen der LEA wird klar, dass man dort längst am Limit arbeitet und überfordert ist, trotz eines enormen persönlichen Einsatzes. Es mussten zusätzliche Notunterkünfte eingerichtet werden, sogar ein winterfestes Zelt für bis zu 700 Betten wurde in einem Gewerbegebiet aufgebaut.

Mehr als 30 neue Personalstellen wurden im Haushaltsplan zwar genehmigt, sind aber auf Grund der unattraktiven Rahmenbedingungen nur schwer zu besetzen. Auch in Karlsruhe wird mit einem privaten Sicherheitsdienst gearbeitet, aber uns wurde beteuert, dass es gute Mitarbeiter seien und noch nie etwas vorgekommen sei. Die Verpflegung wird ebenfalls von einem privaten Caterer angeliefert. Was natürlich Probleme bereitet, wenn von heute auf morgen hunderte Menschen mehr verköstigt werden müssen. Die Einrich-

tung zusätzlicher Landeserstaufnahmestellen ist überfällig. U.a. in Freiburg und Meßstetten sollen bis zu 3000 neue Aufnahmeplätze geschaffen werden. In Meßstetten sind inzwischen die ersten syrischen Flüchtlinge eingezogen.

Kritisch zu hinterfragen ist das Interesse der größeren Städte, eine Landeserstaufnahmestelle zu bekommen. Damit erübrigt sich nämlich die Übernahme weiterer Flüchtlingskontingente. Und eine LEA wird vom Regierungspräsidium finanziert. Während die Kommunen für die Erstantragsteller, die sie danach aufzunehmen haben, lediglich mit einer Pauschale abgespeist werden.

Deshalb müssen dringend neben mehr Unterbringungsmöglichkeiten insgesamt, auch die Konditionen für die Kommunen verbessert werden, um mit steigenden Flüchtlingszahlen auch eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Menschen in unserem Land zu gewährleisten.

Weitere Infos unter: <http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/was-brachte-der-fluechtlingsgipfel.html>

NSU-Untersuchungsausschuss einrichten – Enquete-Kommission auflösen!

Es stellt sich nun als Fehler heraus, dass der baden-württembergische Landtag die rechtsterroristischen Gräueltaten der NSU und das Versagen des Verfassungsschutzes nur mit einer Enquete-Kommission beantwortet hat. Die Kommission blieb in der Sache untätig, sie brachte kein Licht in das Dunkel des Geheimdienstes. Von „Chaos“ und „Sautall“ war die Rede. Die Mitglieder stritten sich wochenlang über Verfahrensfragen und den Umgang mit Rechtsgutachten statt Aufklärung zu betreiben. Eine Kommission, die so unverantwortlich umgeht mit den Belangen der Opfer und deren Angehörigen, ist eine Schande für die beteiligten Parteien. Sie muss aufgelöst werden. DIE LINKE fordert stattdessen einen ordentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Landtag mit allen Rechten der Befragung und Aufklärung.

Inzwischen hat die SPD ihre Blockade im Landtag aufgegeben, sie will einen U-Ausschuss einrichten, aber mit gedämpftem Untersuchungsauftrag. Gerade in unserem Bundesland, wo sich die rassistische NSU-Mörderbande jahrelang unbehelligt bewegen konnte, wäre eine umfassende parlamentarische Klärung bitter nötig. Die Position der LINKEN: In anderen Bundesländern und im Bundestag wurde unglaubliches Versagen der Behörden ans Tageslicht gefördert. Das muss auch in Baden-Württemberg

LINKE.Baden-Württemberg: Resolution des Landesausschusses vom 19.10.2014

Flüchtlinge sind uns willkommen

Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen ist humanitäre Verantwortung

DIE LINKE in Baden-Württemberg unterstützt den baden-württembergischen Landkreistag in seiner Forderung, dass die Landesregierung die tatsächlichen Kosten der Unterbringung und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen vollständig zu übernehmen hat. Dazu ist das bisherige System der Kopfpauschalen abzuschaffen, das insbesondere in Ballungsräumen nicht auskömmlich ist. Es kann nicht länger angehen, dass die Kommunen und Landkreise auf erheblichen Teilen der tatsächlich entstandenen Kosten sitzen bleiben, obwohl es sich bei der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung um eine Landesaufgabe handelt.

DIE LINKE in Baden-Württemberg kritisiert den baden-württembergischen Landkreistag für seine Auffassung, die derzeitigen Engpässe bei der Unterbringung von Flüchtlingen seien durch erleichterte oder beschleunigte Abschiebungen zu lösen. Aus humanitären Gründen kann dies nicht in Frage kommen. Vielmehr sind die Aufnahmekapazitäten so rasch wie möglich weiter auszubauen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert die Landkreise und kreisfreien Städte dazu auf, auch bei der Erstunterbringung der Flüchtlinge dezentral unterzubringen, statt neue große Sammellager zu errichten. Eine solche Unterbringung ist sogar kostengünstiger, wie kürzlich der hessische Landesrechnungshof festgestellt hat. Sie ist aber vor allem menschenfreundlicher.

DIE LINKE in Baden-Württemberg mahnt die Landesregierung, ihre Pläne zur Errichtung neuer Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge so rasch wie möglich zu konkretisieren. Die Landesregierung hat in den letzten beiden Jahren die immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen viel zu lange ignoriert und darauf nicht rechtzeitig genug reagiert. Sie trägt somit die Hauptverantwortung für die aktuellen Probleme der Landkreise und Kommunen, kurzfristig die notwendigen Aufnahmekapazitäten zu schaffen. Es sind rasch Maßnahmen zu ergreifen, um die Integration und gesellschaftliche Teilhabe der Flüchtlinge zu ermöglichen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg appelliert an alle Verantwortlichen im Land und in den Kommunen, bei der Flüchtlingsunterbringung auf eine enge Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Organisationen und ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu setzen. Eine solche Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Betreuung der Flüchtlinge ist insbesondere dann notwendig und hilfreich, wenn es darum geht, die Versuche von Rechtsextremisten zurückzuweisen, in der Bevölkerung Ängste vor Flüchtlingen und Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Unsere kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich vor Ort für diese Forderungen ein. DIE LINKE unterstützt Bündnisse zur Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort.

möglich sein. Das Zurückhalten von Unterlagen und die Verstrickungen der Landesbehörden müssen schonungslos durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden. SPD-Innenminister Gall sollte das nicht weiter verhindern. Die Enquete-Kommission hat versagt, weil sie keine echten Aufklärungsbefugnisse hat.

Reiche besteuern – Mehr Geld für die Pflege

„Wenn 20.000 Stellen in der stationären Altenpflege in Baden-Württemberg fehlen, dann ist das eine Schande fürs Musterland“, so Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Was die Gewerkschaft Verdi skandalisiert, ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist das Ergebnis einer Fehlentwicklung, die seit Jahren bewusst in Kauf genommen wird. Eines der reichsten Bundesländer in einem der reichsten Länder der Welt leistet sich eine massive Unterversorgung im Pflegebereich. Das hat negative

Auswirkungen auf Beschäftigte, ja den ganzen Pflegebereich. Das Gesundheitswesen braucht mehr Geld und Personal, und die Finanzierung muss solidarisch über eine Bürgerversicherung organisiert werden. Außerdem müssen Reiche und Vermögende stärker besteuert werden.

Linke unterstützt Verdi-Forderung: Gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern!

20 Prozent Personalunterdeckung im Klinikbereich des Landes ist ein Skandal. In den Krankenhäusern herrschen teilweise unmenschliche Verhältnisse und der Verdrängungswettbewerb unter den Einrichtungen wird auf dem Rücken der Beschäftigten und der Patienten ausgetragen. Die Forderung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft Verdi nach einer gesetzlichen Personalbemessung ist ein erster wichtiger Schritt, die Landesregierung muss in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe über dieses Instrument für ausreichende Personalfinanzien sorgen und dadurch den Druck von den Mitarbeiter nehmen. (Michael Schlecht)

Gesundheitskonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Freitag, 28. November 2014, 16.30 bis 20 Uhr, in Stuttgart

Bürgerzentrum West, Bebelstr. 22, 70193 Stuttgart, Otto Herbert Hajek-Saal

Seit 2004 wurde die Krankenhausfinanzierung auf Festpreise für Behandlungen und Operationen umgestellt; sogenannte DRGs, Diagnosis Related Groups; das sind Fallkostenpauschalen. Patientinnen und Patienten werden je nach Diagnose Fallgruppen zugeordnet, unabhängig von Alter, Zustand oder Vorgeschichte. In der Psychiatrie werden pauschalierte Tagesentgelte eingeführt PEPP, Pauschalierende Entgelte Psychiatrie und Psychosomatik.

Die betriebswirtschaftliche Sichtweise bestimmt den Alltag. Der Druck für die Beschäftigten wird immer größer. Zu frühe Entlassungen sind eine Folge für die Patientinnen und Patienten. Pflegefachkräfte werden durch Hilfskräfte ersetzt. Reinigungs-, Küchenbelegschaften und Logistik werden in Niedriglöhne geschickt oder ausgelagert. Was schlägt DIE LINKE vor? Wie könnte man das Gesundheitswesen solidarisch finanzieren?

PROGRAMM

16.30 Uhr Begrüßung. Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

Referat: „Wa(h)re Gesundheit?!“ Peter Grohmann, Die AnStifter

Grußwort Irene Gölz, Verdi FB 3, Landesfachbereichsleiterin Gesundheit

Impulsreferat: „Kein Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen“. Dr. Thomas Böhm, Mitglied im Verdi-Landesbezirksvorstand / Diskussion/Rückfragen

Podiumsdiskussion: „Keine schwarze NULL auf dem Rücken der PatientInnen und Beschäftigten“

„Gesetzliche Personalbemessung jetzt!“ Volker Mörbe, Verdi FB3, Landesvorsitzender Gesundheit • „Pflege in Not – Patienten in Gefahr?“ Angela Hauser, Personalratsvorsitzende am Uniklinikum Tübingen • „Irrweg Fallpauschalen“ Dr. Thomas Böhm • „Krankenhausfinanzen, Bundespolitik“, Harald Weinberg, MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag • Diskussion/Rückfragen • Moderation Michael Schlecht

18.50 bis 19.10 Uhr Pause

Abschlussreferat: „Alternative Krankenhausfinanzierung“ Harald Weinberg • Diskussion/Rückfragen

20 Uhr Schlusswort, Michael Schlecht

Anmeldung und Information: veranstaltung@linksfraktion.de Betreff: Gesundheit oder: Bürgerbüro Michael Schlecht MdB, Walter Kubach, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, 015112167805. michael.schlecht.ma01@bundestag.de

Gesundheits-Tagung in Freiburg: „Pflege am Boden und im Dauerstress“

Samstag, 22. November 2014

10 bis 14.30 Uhr im DGB-Haus – Konferenzraum, Hebelstraße 10, Freiburg

Tagung zur aktuellen Situation der Pflege in Alters- und Pflegeheimen – ambulante Pflege – häusliche Pflege, mit vielen ExpertInnen aus der Praxis.

Programm:

10 bis 10.15 h: Begrüßung und Einführung. Prof. Dr.med. Lothar Schuchmann und Winfried Otte, Freiburg, LAG Gesundheit und Soziales • 10.15 bis 11 h: Pflege am Boden und im Dauerstress – Alltag in der stationären Pflege – Brigitte Heinisch, Berlin, profilierte Altenpflegerin und bekannte Whistleblowerin. • 11 bis 11.30 h: Diskussion und Kaffeepause • 11.30 bis 12 h: Altenpflege heute aus Sicht der Gewerkschaft: Horst Burkhart, Verdi, Personalrats-Vorsitzender des ZfP-Emmendingen • 12 bis 13 h: Diskussion und Mittagspause • 13 bis 13.30 h: Altenpflege heute aus Sicht der AOK: Volker Przibilla, Geschäftsbereichsleiter Versorgungsmanagement der AOK Südlicher Oberrhein • 13.30 bis 14.15 h: Es geht auch anders: Pflege mit dem Blick auf die Verhältnisse in Skandinavien: Dr. Cornelia Heintze, Politologin und Coach, Stadtkämmerin a.D., Autorin des bekannten Buches „Die Straße des Erfolgs“ • 14.15 bis 15 h: Diskussion, Zusammenfassung, Kaffeepause
Um Anmeldung wird gebeten: lothar_schuchmann@gmx.de

Aktionsbündnis gegen Armut und Wohnungsnot

STUTTGART. Ein Aktionsbündnis gegen Armut hat die grün-rote Landesregierung dazu aufgerufen, das Recht auf Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen und so mit Bayern, Bremen und Berlin gleichzuziehen. Zwar beseitige dies nicht die Wohnungsnot, sagte der Sprecher der Landesarmutskonferenz, Hansjörg Böhringer, in Stuttgart. „Aber das würde den Rang des Problems sichtbar machen und uns helfen, unsere Forderungen durchzusetzen.“

Das Thema sei zuletzt aus dem Blick geraten, obwohl nicht nur Menschen mit kleinem Einkommen, sondern auch Durchschnittsverdiener in den Ballungsräumen und Universitätsstädten in Bedrängnis gerieten. Nach Angaben des Mieterbundes liegen 17 der 30 teuersten Städte Deutschlands in Baden-Württemberg. Zudem ist die Bevölkerung im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie seit 2001 nicht mehr. Das Land verzeichnete 2013 nach Angaben des Statistischen Landesamtes einen Zuwachs von 62200 Menschen.

Die Sozialpolitiker von Grünen und SPD im Landtag, Thomas Poreski und Rainer Hinderer, erteilten einer Aufnahme des Rechts auf Wohnen in die Landesverfassung eine Absage: „Das ist nicht geplant.“ Denn für die Rahmenbedingungen sei vor allem der Bund zuständig. Auch die Kritik des Aktionsbündnisses an fehlenden Investitionen im sozialen Mietwohnungs-

pralle ab: In diesem Jahr werde der Mietwohnungsbau mit 40 Millionen Euro gefördert, unter der CDU-Vorgängerregierung seien es zuletzt gut 17 Millionen Euro gewesen.

Das Bündnis monierte, dass Bayern für die Förderung ein Vielfaches von dem Betrag in Baden-Württemberg ausbebe. Allerdings ist auch die Bereitschaft der Wohnungsbauunternehmen, für einkommensschwache Schichten zu bauen, gering, so dass nicht einmal alle Mittel abgerufen würden. Zu den weiteren Forderungen gehört laut Böhringer eine Wohnungsnotfallstatistik für das Land, um besser planen zu können. Überdies sollten die Kommunen verbindliche Ansprechpartner engagieren, um von Wohnungsverlust bedrohten Menschen zu helfen. Als beispielhaft nannte Böhringer die Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit in Stuttgart, wo derzeit 3600 Menschen Wohnraum suchen. Dem stünden 11.400 leere Wohnungen gegenüber, kritisierte Rolf Gaßmann vom Landesmieterbund. Dieses Phänomen sei „wohlstandsbedingt“ – das heißt, die Eigentümer könnten es sich leisten, auf Vermietung zu verzichten.

Durch Flüchtlinge würden die Probleme verstärkt. Dabei sei dezentrale Unterbringung der „Kasernierung“ von Asylbewerbern vorzuziehen, sagte Roland Saurer, Ko-Sprecher der Landesarmutskonferenz. „Wir müssen uns als

offenes Land zeigen und eine Willkommenskultur aufbauen.“ Weitere Forderungen des Bündnisses sind die Anpassung der Mietobergrenzen bei Hartz-IV-Empfängern, höheres Wohngeld sowie Umsetzen des Zweckentfremdungsverbots.

Grün-Rote Zahltrickserei bei der Wohnungspolitik

Auf ihrer Internetseite verkündet die SPD: „Grün-Rot unterstützt Bau von bis zu 1400 Sozialwohnungen“. Dahinter verstecken sich eine propagandistische Zahlenspielerei und der Versuch, ein grundsätzlich zu geringes Engagement bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu kaschieren. Im Text heißt es „Die grün-rote Landesregierung wird den Bau von bis zu 1400 Sozialwohnungen unterstützen. Dazu werden die entsprechenden Fördermaßnahmen um



12 Millionen Euro erhöht.“ Das klingt zunächst gut, denn die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist auch eine zentrale Forderung der LINKEN. Klar stellen muss man allerdings, dass es sich dabei nicht um dauerhaft günstige Wohnungen handeln wird, sondern um Wohnungen mit einer zeitlich befristeten Mietpreisminderung, sogenannten „Sozialbindungen“. Davon abgesehen gibt es in BW einen Bedarf von mehreren Hunderttausend Sozialwohnungen. Zudem allen jährlich mehrere Tausend Sozialwohnungen aus der Sozialbindung, werden also wieder zu „marktüblichen“ Preisen vermietet. Während man in Bayern jährlich 260 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, kommt das reiche Bundesland Baden-Württemberg mit 63 Millionen, bzw. jetzt dann 75 Millionen, nur auf etwa ein Viertel davon.

Weiter schreibt die SPD: „In den kommenden beiden Jahren sollen dann je 75 Millionen Euro zur Verfügung

stehen. Der Schwerpunkt der bereits zweiten Erhöhung in dieser Legislatur liegt auf der Mietwohnraumförderung, sagte dazu Finanzminister Nils Schmid“. Auch das ist ein geschicktes Manöver, denn die erste Erhöhung erfolgte mit dem Regierungsantritt, von vorher 48 Millionen auf dann 63 Millionen, also gerade mal um 15 Millionen Euro mehr. Jetzt werden abermals 12 Millionen draufgelegt. Im Text der SPD wird suggeriert, dass man nach den 12 Millionen, künftig 75 Millionen in die Hand nehmen will, obwohl es am Ende nur die Summe abbildet.

Gregor Mohlberg, Freiburg

Kretschmann wird zum Job-Killer der EnBW-Beschäftigten

Zu den Ankündigungen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die Landesanteile des Energieversorger EnBW verkaufen zu wollen, erklärt Karin Binder, Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe: „Die Energieinfrastruktur Baden-Württembergs darf nicht an der Börse verscherbelt werden. Schöne Haushaltszahlen sind den Grünen offenbar wichtiger als eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. In der Amtszeit von Kretschmann sind bereits 2.000 Arbeitsplätze bei EnBW weggefallen. Soll der Energieversorger für Finanzinvestoren attraktiv sein, müssten noch einmal mehrere Tausend Mitarbeiter gehen. Wo Netze und Dienstleistungen am Profit ausgerichtet werden, steigen zudem die Preise und die Energiewende bleibt auf der Strecke.

Energie ist Daseinsvorsorge. DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, diese Verantwortung wahrzunehmen. Die EnBW muss zu einem modernen Dienstleister für Stadtwerke umgebaut werden. Erneuerbare Energien und dezentrale Erzeugung sowie Beschäftigung und Umweltverantwortung müssen im Vordergrund stehen.

LINKE Südbaden fordert Abschaltung von Fessenheim

Sozialdemokratische Wahlversprechen werden nicht eingehalten

„Mit großer Sorge haben wir die Überlegungen vernommen, Fessenheim noch länger am Netz zu lassen“, so Gregor Mohlberg und Dirk Spöri, Südbadens Landesvorstandsmitglieder der LINKEN. „Fessenheim ist ein überalterter Pannereaktor und gehört dringend vom Netz genommen. Dass nun aufgrund der hohen Abbaukosten AKWs länger betrieben werden sollen, zeigt nur, wie unrentabel Atomkraft ist. Ein genereller

Atomausstieg ist dringend nötig – sowie eine Abschaltung von Fessenheim noch in diesem Jahr“, so Spöri. Mohlberg kritisiert besonders die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg und auch in Frankreich: „Mit der Abschaltung von Fessenheim haben die Sozialdemokraten auf beiden Seiten des Rheins Wahlkampf gemacht. Doch die Landesregierung nutzt die EnBW-Anteile weder um Druck auf die Abschaltung von Fessenheim noch von Philippsburg und Neckarwestheim zu machen. Der von der SPD angekündigte Atomausstieg wird nicht genügend mit konkretem Handeln unterlegt. In Sachen Fessenheim muss man sogar von einem sozialdemokratischen Wahlbetrug sprechen.“

Annette Groth (MdB): Für Bahnausbau Friedrichshafen-Ulm

Antrag für Elektrifizierung der Südbahn und Bodensee-Gürtelbahn im Verkehrsausschuss des Bundestags: SPD und CDU stimmen dagegen, Grüne enthalten sich.

Wie angekündigt, legte die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 8. Oktober den Entschließungsantrag „Notwendigen Ausbaumaßnahmen im Bahnnetz umgehend beginnen“ im Verkehrsausschuss vor. Die dringend notwendige Elektrifizierung der Südbahn Friedrichshafen – Ulm (Strecke 4500) und der Bodensee-Gürtelbahn Radolfzell – Friedrichshafen – Lindau (Strecke 4331 / 4350) gehören zu den sieben Projekten des Entschließungsantrages.

Dazu Annette Groth (MdB), Mitinitiatorin und Mitglied im Verkehrsausschuss: „Der Bund verfolgt derzeit eine völlig falsche Investitionsstrategie für das Schienennetz der Eisenbahnen. Bundesmittel fließen überwiegend in extrem teure Großprojekte, während für Nebenstrecken keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. In keiner Weise kann ich nachvollziehen, warum sich die CDU/CSU-Fraktion und die SPD gegen den Antrag ausgesprochen haben. Sie haben der Bodenseeregion damit einen Bärendienst erweisen. Auch die Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen ist nicht schlüssig. Die Fraktion DIE LINKE hofft, dass die Ankündigungen der Abgeordneten aus der Region, sich für den Ausbau dieser beiden Strecken einzusetzen, in den jeweiligen Fraktionen nicht abgeblockt werden. Für die Zukunft fordere ich die anderen Fraktionen auf, sich solchen konkreten Anträgen nicht entgegenzustellen und den Worten auch Taten folgen zu lassen.“

In der Begründung für die Südbahn-Elektrifizierung und Bodensee-Gürtelbahn heißt es im Entschließungsantrag:

„Diese wichtige Verbindung wird bis heute rein mit umweltschädlichem Dieselantrieb befahren. Durch die Elektrifizierung entlang des Bodensees könnte außerdem eine rein elektrische Bodensee-S-Bahn alle Städte entlang des Bodensees verbinden und die Situation des ÖPNV dort erheblich verbessern.“

Annette Groth weist auf die Dringlichkeit und Bedeutung für die regionale und überregionale Verkehrsanschließung in der Bodenseeregion hin und stellt fest, dass hier mit vertretbarem Aufwand ein hoher Nutzen erzielt werden kann. Vor dem Hintergrund, dass im Haushaltsentwurf 2015 für Maßnahmen des Bedarfsplans Schiene keine zusätzlichen Mittel vorgesehen sind, da die zusätzlichen 300 Millionen Euro ausschließlich für die weitere Aufstockung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) eingeplant werden, führt die Abgeordnete aus: „Es kann nicht sein, dass der Vorrang des Erhalts vor dem Neubau sich ausschließlich auf Schienenstrecken bezieht, während gleichzeitig bei Straßenprojekten sogar abseits der Haushaltsberatungen unterjährig 27 Projekte eine Baubewilligung erhalten. Einen Aufbruch bedarf es bei der Schiene und nicht bei der Straße!“

Regionalparlament Stuttgart: **DIE LINKE lehnt Extra- kosten für Stuttgart 21 entschieden ab**

Die Fraktion DIE LINKE in der Regionalversammlung Stuttgart lehnt die von CDU, FDP und Freien Wählern im Zusammenhang mit dem Filderbahnhof geforderte Aufhebung des Kostendeckels für Stuttgart 21 strikt ab. Der Pirat Ingo Mörl, für die Fraktion DIE LINKE Mitglied des Verkehrsausschusses, empfindet es als inakzeptabel „dass von Seiten von CDU, FDP und Freien Wählern immer wieder langjährige und demokratisch legitimierte Entscheidungen in Frage gestellt werden.“

Seit 2009 gibt es eine Finanzierungsvereinbarung, der alle Projektpartner zugestimmt haben. Hier wird eine Kostenobergrenze für Stuttgart 21 in Höhe der Wirtschaftlichkeitsgrenze bei ca. 4,6 Mrd. € festgeschrieben.

Die Erörterung zum Filderbahnhof war ein Debakel für die Glaubwürdigkeit der Bahn und bewies einmal wieder die Intransparenz und Desinformationspolitik des Konzerns. Es ist daher sowohl symbolträchtig als auch angemessen, dass Wolfgang Dietrich, Projektsprecher der DB zu Stuttgart 21 und wie kaum ein anderer in der Öffentlichkeit mit dem Projekt identifiziert, am Ende dieses Jahres sein Amt niederlegt.

Neue Erkenntnisse, die es rechtfertigen, erneut den Kostendeckel anzu-

heben, brachte die Filderbahnhof-Erörterung allerdings nicht. Seit dem Jahr 2002 versucht die Bahn, Variationen der sogenannten Antragstrasse genehmigen zu lassen, und scheitert regelmäßig an der mangelnden Leistungsfähigkeit ihrer Pläne. Diese und andere Risiken, wie z.B. die Unbenutzbarkeit des geplanten Tiefbahnhofs in Stuttgart, sind bereits seit über zehn Jahren bekannt.

Jahrelang haben genau die Fraktionen, die nun die Anhebung des Kostendeckels fordern, diese Probleme klein geredet. Das Debakel bei der Erörterung zum PFA 1.3 haben sie daher mit zu verantworten. Zum wiederholten Mal einfach mehr Geld zu verlangen, ohne realistische Lösungen aufzuzeigen, ist inakzeptabel.

Die bessere Lösung auf den Fildern wurde beim Filderdialog schon längst gefunden: Der Regionalbahnhof Vaihingen. Der Filderbahnhof Plus stand beim Filderdialog auch zur Auswahl, wurde aber von den Teilnehmern abgelehnt. Wenn CDU, FDP und Freie Wähler also ernsthaft daran interessiert sind, den Bahnverkehr in der Region zu verbessern, sollten sie sich bewegen und den demokratischen Beschluss des Filderdialogs auch endlich inhaltlich akzeptieren, anstatt sich darauf nur gelegentlich aus Opportunitätsgründen zu berufen.

Sonst bekommen CDU/FW/FDP das, was sie bewusst bestellt haben: Einen überbelegten, aber vollkommen nutzlosen Verkehrsknotenpunkt Stuttgart, der die Leistungsfähigkeit um Jahrzehnte zurückwirft.

Fraktion DIE LINKE in der Regionalversammlung Stuttgart, www.die-linke-vrs.de

Streichungen von Lehrer- stellen – aufgeschoben ist nicht aufgehoben

LAG Bildung diskutiert Baustellen der Bildungspolitik

11.600 Lehrerstellen (von 110.000) sollten auf Vorschlag von MP Kretschmann bis 2020 gestrichen werden auf Grundlage einer angeblichen vom Statistischen Landesamt berechneten demografischen Rendite.

Da aber die Schulen schon 2013/14 „ausgelutscht“ waren und daher die im Schuljahr 2014/15 geplante Streichung von 1.200 Stellen zu massiven Unterrichtsausfällen in der Vorwahlzeit geführt hätte, sollen jetzt nur 363 Stellen abgebaut werden. Offizielle Begründung ist, dass die Schülervorausberechnungen zu tief lagen.

Nach Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden wären 2014/15 sogar 1.000 Stellen *zusätzlich* notwendig gewesen,

z.B. für Inklusion und den Ausbau der GTS. 200 der nicht gestrichenen Stellen sollen für Vorbereitungsklassen, 200 für Inklusion verwendet werden.

Künftig ist vorgesehen, die Zahl der Lehrerstellen jeweils von Haushalt zu Haushalt festzulegen. Die Landesregierung nimmt also vorerst den Druck aus der Diskussion und will ihre Hauptan-

**Sinnvoll:
Kitas und
Schulesen
kostenfrei!**

DIE LINKE.

**umfairteilen: sozial und gerecht
in den Kommunen und in Europa.
www.die-linke-bw.de**

griffsfläche beseitigen: mit Bildungspolitik lassen sich zwar keine Wahlen gewinnen, wohl aber verlieren, heißt es. Doch nach den Landtagswahlen 2016 ist mit neuen Einschnitten zu rechnen. Die LAG Bildung hat bei ihrer letzten Sitzung darüber diskutiert, dass eine verlässliche Zusage vor der Landtagswahl für eine ausreichende Unterrichtsversorgung unter Berücksichtigung der Reformprojekte einzufordern wäre. MP Kretschmann hat sich allerdings auch für das Kooperationsverbot und damit gegen eine Bildungsfinanzierung durch den Bund ausgesprochen, so dass eine ausreichende Finanzierung etwa des Ganztagesbereichs kaum zu erreichen ist.

Die Landesregierung hat bei der Schulentwicklung zwar die verbindliche Grundschulpflicht abgeschafft, aber nun fehlen den Realschulen, die die Hauptschulen zunehmend ersetzen müssen, die Förderkapazitäten, etwa durch Ganztagesangebote. Und in den Kindertagesstätten fehlt zunehmend qualifiziertes Personal. So bleibt das Bildungswesen im Land Spitzenreiter – bei der sozialen Benachteiligung. Grüne und SPD lassen die benachteiligten Bevölkerungsgruppen „links liegen“.

LAG Bildung (lag-bildung@kabelbw.de), nächstes Treffen: 26. November, 16 Uhr, Stuttgart, Ludwigsstr. 73 A

Kommunalpolitischer Bildungstag und Mitgliederversammlung

Samstag, 29.11.2014, 10 Uhr, Stuttgart, Bürgerzentrum West, Bebelstr. 22, 70193 Stuttgart

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg veranstaltet seine jährliche Mitgliederversammlung umrahmt von einem kommunalpolitischen Bildungstag. Ziel des Bildungstages ist die Diskussion aktueller kommunalpolitischer Themen aus linker Perspektive und die Vernetzung von linken kommunalen Mandatsträger*Innen und kommunalpolitisch Aktiven und Interessierten. Er entstand in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg und ihrer Kommunalakademie.

Bei den Kommunalwahlen im Mai hat sich die Zahl linker Mandatsträger nahezu verdoppelt. Oftmals sind sie aber nicht in bestehende Fraktionen eingebunden, sondern befinden sich allein im kommunalpolitischen Neuland. Aus diesem Grund veranstaltet das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. eine Reihe von Seminaren, in denen allgemein die Gemeinderats- und Kreistagsarbeit und speziell linke Themen und Strategien vorgestellt werden. In Friedrichshafen, Karlsruhe und Stuttgart haben in den letzten Wochen drei solche Kommunalseminare stattgefunden.

Programm:

10 bis 11.30 Uhr: **TTIP-Vortrag von Harald Klimenta (attac)** mit anschließender Diskussion: „Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP und seine möglichen Auswirkungen auf die Kommunen“. Harald Klimenta arbeitet in der TTIP-Kampagne von attac mit, hat das Buch „Die Freihandelsfalle“ mit herausgegeben und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

11.30 bis 12.30 Uhr: **Mitgliederversammlung des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.:** offen für Interessierte. Tagesordnung: 1. Bericht der Aktivitäten 2014, 2. Kassenbericht, 3. Mitgliederentwicklung, 4. Austausch der Mandatsträger über örtliche Aktionen, 5. Planung für 2015, inhaltliche Schwerpunktsetzung, 6. Verschiedenes

12.30 bis 13 Uhr: Mittagspause und Mittagessen

13 bis 17 Uhr: **Workshop zu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** in der Kommunalpolitik mit Schwerpunkt Online und eigenes Schreiben mit Nadja Bungard (freiberufliche Kommunikationsberaterin mit Schwerpunkt Neue Medien)

Näheres unter www.kompofe.de

Heidelberg: Sozialticket ist ein Erfolgsmodell

Das Sozialticket im ÖPNV hat sich in Heidelberg erfolgreich entwickelt. Bereits Ende Juli 2014 hatten 21% der 4400 Anspruchsberechtigten ein Sozialticket. Es wurden 804 Jahreskarten und 1399

Monatskarten verkauft. Der bundesweite, durchschnittliche Nutzungsgrad bei Sozialtickets liegt nur bei 10 bis 15%.

Geplant war für 2014 ein Mitteleinsatz von 536.000 Euro, damit bis zu ca. 30% der Anspruchsberechtigten ein Sozialticket kaufen könnten. Wenn sich die Trends fortsetzen, wird der größte Teil der Mittel ausgeschöpft. Die Statistiken zeigen auch, dass der größte Teil der Käufer des Sozialtickets bisher keine Jahres- oder Monatskarten hatten, wie vom VRN immer im Vorfeld behauptet wurde. D.h. die Fahrgastzahlen im ÖPNV haben sich erhöht und dem Verkehrsverbund neue Kunden beschert.

Damit möglichst viele Anspruchsberechtigte sich ein Sozialticket leisten können, streben wir einen Preis von ca. 20 Euro monatlich für die verkehrsverbundweite Jahreskarte an. Dann erhöhen sich die Fahrgastzahlen sicher noch. Die Fraktion DIE LINKE/PIRATEN wird hierzu einen Antrag bei den Haushaltsberatungen einbringen. Außerdem werden wir Infostände vor dem Jobcenter in Heidelberg durchführen, um das Sozialticket bekannter zu machen.

Bernd Zieger



Heilbronn: Sozialticket soll zum Jahreswechsel kommen

21. Oktober 2014, DIE LINKE im Heilbronner Kreistag: „Was lange währt, wird endlich gut“, könnte man zur Einführung des Mobilitätstickets (Sozialticket) im Stadt- und Landkreis Heilbronn zum Jahreswechsel 2014/2015 sagen.

Einstimmig wurde die Einführung des Mobilitätsticket für Hilfeempfänger nach dem Sozialgesetzbuch II und XII angenommen. Die Einführung ist an das e-Ticket des HNV (Heilbronner Hohenloher Haller Nahverkehr) gekoppelt und wird ab dem 1.1.2015 zu beziehen sein. Das Ticket ist eine Variante des Sahnicket, das bereits im laufenden Jahr vom Seniorenticket zu einem Ticket für alle ausgebaut wurde. Es kostet 44,50 Euro pro Monat und beginnt unter der Woche um 8 Uhr morgens. Beim neuen Mobilitätsticket werden die Hilfeempfänger 20 Euro bezahlen, für den Rest von 24,50 Euro garantiert der Landkreis eine Defizitdeckung für den HNV. Wir gehen allerdings von keinem Defizit aus.

Wir freuen uns, dass alle Kreisräte für das Ticket gestimmt haben und sich die Verwaltung gegenüber den Verkehrsunternehmen für die Einführung eingesetzt hat. Als Kreisräte der LINKEN wurden wir bei der Kreistagsitzung am 20.10. von einer Hartz 4-Bezieherin aus einer Landkreisgemeinde begleitet. Bei der Anfahrt erzählte sie uns von ihren

Schwierigkeiten, da selbst Fahrten zu Bewerbungsgesprächen eigentlich zu teuer sind (erstattet wird das Fahrtgeld erst später). Als geselliger Mensch leide sie auch unter der sozialen Ausgrenzung, da das Geld für Mobilität fehlt. Auf der Heimfahrt war sie erleichtert bei der Aussicht auf ein baldiges Mobilitätsticket.

Begonnen hatte das gemeinsame Streiten für ein Sozialticket 2012 mit dem Heilbronner Sozialforum. Nach ersten kühlen Reaktionen, gerade auch beim HNV, konnte mit guten Argumenten und entsprechenden Veranstaltungen für die neue „Kundengruppe“ geworben werden. Denn, wie es Kölner Erfahrungen zeigten, es entstehen durch ein Mobilitätsticket/Sozialticket keine zusätzlichen Kosten, dafür eine bessere Auslastung.

DIE LINKE war von Anfang an eine Streiterin für das Sozialticket und arbeitet im Sozialforum für eine Verbreitung der Idee. Entsprechende Aktivitäten im Kreistag können auf der Internetseite nachgelesen werden. Der Hohenlohekreis und der Landkreis Schwäbisch Hall, ebenfalls Gesellschafter in dem HNV, werden vorerst kein Mobilitätsticket einführen. Um das zu ändern, war DIE LINKE im Heilbronner Kreistag bereits im Mai 2014 auf Werbetour in Öhringen. Florian Vollert (Heilbronn)

Zum Andenken an die Niederschlagung des Armen Konrad im Jahr 1514 stellte die Linke einen Antrag im Tübinger Gemeinderat:

Die Hirschgeweihe im Stadtwappen von Tübingen werden entfernt

Begründung von Stadträtin Gerlinde Strasdeit am 23. Oktober

Wir haben diesen Antrag durch Anton Brenner bereits im alten Gemeinderat eingebracht, als Beitrag der Stadt zur Würdigung des Bauernaufstandes von 1514 und des Armen Konrads gegen die grausame und blutige Willkür von Herzog Ulrich von Württemberg. Tübingen bekam die Hirschgeweihe für das Stadtwappen von Herzog Ulrich als Dank für die Hilfe bei der Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung der Bauern.

Beeindruckend dargestellt wurde das dankenswerter Weise im Tübinger Sommertheater auf der Platanenallee vom Theater Lindenhof mit dem Stück „Armer Konrad“ von Friedrich Wolf.

Die Hirschgeweihe sind Insignien der Niedertracht und der Judaslohn für den Verrat der Stadt Tübingen an den Bauern. Viele Bauern mussten ihren Freiheitsdrang und Ulrichs Trick mit dem Tübinger Vertrag auf der Folterbank und mit dem Leben bezahlen. Diese Geweihe sind ein historisches Schandzeichen und sollten nun nach 500 Jahren endlich demonstrativ entfernt werden.

Alternativ hatten wir überlegt (nicht beantragt), ob nicht die Attribute des Österreichischen Staatswappens (das sind gesprengte Ketten, mit Sichel und Hammer) in das Tübinger Stadtwappen integriert werden könnten. Warum? Weil heute die zwei ehemals vorderösterreichische Gemeinden, Hirschau und Bühl, zu Tübingen gehören.

Zusammengefasst: Der Tübinger Vertrag führte zur Niederschlagung der Bauern und ihrer weiteren Entrechtung. Herzog Ulrich würden wir heute als blutigen Despoten bezeichnen, der sich bereicherte. Auf die Hirschgeweihe – als die Insignien von Herzog Ulrichs Verbrechen – sollten wir im Stadtwappen zukünftig verzichten.



Sepp Buchegger (Tagblattzeichner) hatte dazu einen passenden Entwurf: Kombination Tübinger Wappen mit Adler, gesprengten Ketten, Sichel und Hammer – ohne Herzog Ulrichs Hirschgeweihe!

(Im Verwaltungsausschuss am 23. Oktober wurde die Vorlage der LINKEN (508/2014) abgelehnt.)

Kommunalserie im Landesinfo

Auch in dieser Ausgabe des Landesinfos stellen wir wieder neu- und wiedergewählte Stadt- und Kreisrätinnen der Linken in Baden-Württemberg bzw. ihre Faktionen vor. Die Serie wird in der nächsten Nummer fortgesetzt. Bitte schickt und kurze Texte und gute Fotos (Dateigröße ca. 1 MB).

Die Redaktion

Mannheim: Stadtrat Thomas Trüper



Thomas Trüper

geb. am 27.6.1950
Rentner, ehem. Industriemeister Chemie, Betriebsratsvorsitzender

Ich engagiere mich für linke Politik im Mannheimer Gemeinderat, weil die Stadt soziale Gerechtigkeit und Solidarität braucht, um ein Ort für gutes Leben zu sein, eine Stadt für alle. Eine Stadt, in der man gute und auskömmliche Arbeit findet, in der man auch

mit geringem Einkommen gut wohnen und leben kann, in der Kinder und Jugendliche beste Bildungsangebote bekommen, unabhängig vom Bett, in dem sie geboren sind. Eine Stadt, in der man gute Umweltbedingungen vorfindet, die kulturell vielfältig und spannend ist. Eine Stadt, in der Menschen unterschiedlichster Herkunft friedlich zusammenleben.

Als Mitglied der Partei DIE LINKE in Mannheim sehe ich einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Das beginnt mit dem Kampf um eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen und endet nicht mit der Aufnahme von Menschen, die den weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen und Kriegen entkommen und hier eine neue Existenz aufbauen wollen.

Der demokratische Sozialismus weist in die richtige Richtung gegen den entfesselten Kapitalismus, der auch ganz konkret in Mannheim Menschen in Not bringt und soziale Strukturen zerstört.

Zur Person:

Nach dem Studium der evangelisch Theologie in Neuendettelsau und Heidelberg Ausbildung zum Heilerziehungspfleger in einer diakonischen Einrichtung. Nach Kündigung durch den Arbeitgeber wegen Kirchaustritts Umschulung zum Werkzeugmacher.

Seit 1981 lebe ich in Mannheim Herzogenried. Arbeit fand ich in einem konzerngebundenen, später mittelständischen Chemieunternehmen (Weyl) als Schlosser, dann als Chemiarbeiter, zuletzt als Industriemeister Chemie. 28 Jahre gehörte ich dem dortigen Betriebsrat an, davon 14 Jahre als freigestellter Betriebsratsvorsitzender und Mitglied

im Bezirksvorstand der Gewerkschaft IG BCE. Seit 2012 bin ich Rentner.

Politisch war ich erstmals Anfang der 70er Jahre in der Studentenbewegung in Heidelberg tätig. Ich war Mitglied in Organisationen der „Neuen Linken“ und kam über die PDS / Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE. Seit deren Gründung im Jahr 2007 bin ich im Kreisverband Mannheim Co-Sprecher. 2009 wurde ich erstmals und 2014 erneut in den Mannheimer Gemeinderat gewählt.

Ausschüsse und Gremien: Hauptausschuss • Unterausschuss Konversion • Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Soziales • Ausschuss für Umwelt und Technik • Betriebsausschuss für Technische Betriebe • Ältestenrat • Fleischversorgungszentrum Mannheim • GBG Mannheimer • Wohnungsbaugesellschaft mbH • Großmarkt Mannheim GmbH • Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim



Stadträtin Gökay Akbulut

Ausschüsse und Gremien: Bürgerdienste-Immobilienmanagement • Ausschuss für Bildung und Gesundheit • Integrationsausschuss • Abend-schule Mann-

Gökay Akbulut

geb. am 12.11.1982
Sozialwissenschaftlerin

heim GmbH • Mannheimer Abendakademie-Volksschule GmbH.

Ich bin in der Türkei geboren und habe einen kurdisch-alevitisches Hintergrund und bin in Deutschland aufgewachsen. Aufgrund meines kulturellen Hintergrundes bin ich sehr jung politisiert worden und bin seit Jahren in kurdischen Vereinen politisch und sozial engagiert.

Nach meinem Abitur habe ich an der Uni Heidelberg Politische Wissenschaft, Soziologie und Öffentliches Recht studiert. Beruflich bin ich bei einem Bildungsträger als Projektmitarbeiterin und bei der Abendakademie in Mannheim als Dozentin tätig.

Seit 2006 bin ich Mitglied bei den Linken und seit vier Jahren aktiv im Vorstand des Kreisverbandes Mannheim. Beim letzten Landesparteitag bin ich in den erweiterten Landesvorstand gewählt worden und möchte in den nächsten Jahren LINKE-Politik auf Kommunal- und

Landesebene mitgestalten und stärken.

Bei den Kommunalwahlen habe ich zum ersten Mal kandidiert und den Einzug in den Gemeinderat auf Listenplatz Eins geschafft. Ich freue mich auf die vielfältige Arbeit im Gemeinderat und habe meine Schwerpunkte in den Bereichen Bildungs- und Integrations-/Asylpolitik.

Da ich beruflich im Bildungsbereich tätig bin, sehe ich die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen in unserem selektiven Bildungssystem. Kinder und Jugendliche aus Arbeiter-, Migranten- und alleinerziehenden Familien oder mit Behinderungen haben es schwer, eine erfolgreiche Schullaufbahn und somit einen guten Übergang in das Berufsleben zu schaffen. Wir haben nach wie vor ein Bildungssystem, in dem gesellschaftliche Schichten reproduziert werden und der Bildungserfolg weiterhin vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Daher möchte ich mich für ein gerechtes und inklusives Bildungssystem einsetzen, in dem alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Ihrer Herkunft möglichst lange gemeinsam lernen und eine gute Förderung erhalten.

Außerdem engagiere ich mich für eine offene und solidarische Integrations- und Flüchtlingspolitik in Mannheim und gegen Rassismus und Rechtspopulismus. Durch den Einzug der NPD und der AfD im Mannheimer Gemeinderat ist diese Aufgabe besonders wichtig für uns ALLE. Gerade in einer Stadt wie Mannheim, mit einem hohen Anteil von MigrantInnen, müssen Toleranz, Mehrsprachigkeit und das friedliche Miteinander der unterschiedlichen Kulturen in allen Lebensbereichen gefördert und auch umgesetzt werden. Ich engagiere mich im Gemeinderat für eine aktive und sozial- gerechte Bildungs-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik der LINKEN.

Kommunalmandate im Landkreis Ludwigsburg



Gemeinderat Kornwestheim – Friedhelm Hoffmann

schaft mit den Grünen, die ein Mandat hinzugewinnen konnten, wird es in den nächsten fünf Jahren eine fünfköpfige

Fraktionsgemeinschaft GRÜNE/LINKE geben. Nachdem auf Initiative der LINKEN in der letzten Legislaturperiode die Situation von Geringverdienern mit der Kornwestheim-Card erheblich verbessert werden konnte, werden Friedhelms Schwerpunkte die Verbesserung der schlechten Wohnsituation für die Kornwestheimer Obdachlosen und (in Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion) den Asylbewerbern sein. Zudem wird DIE LINKE darauf hin arbeiten, dass bei den geplanten Einsparungen im kommenden Haushalt Schul-, Kiga- und Sozialprojekte nicht zum Gegenstand des Sparpaketes werden.



Gemeinderat Ludwigsburg – Claudia Dziubas ...

gesundheitlichen Gründen ausscheiden und Hans-Jürgen Kemmerle rückte nach.

Mit Claudia Dziubas und Oliver Kube sitzen nach der letzten Wahl zwei linke Mitglieder im Gemeinderat. Claudia wurde in den Ausschuss für Wirtschaft-Kultur-Verwaltung, Oliver in Bildung-Sport-Soziales gewählt. In beiden Ausschüssen haben sie das volle Stimmrecht.

Das vordringlichste Thema in der nächsten Zeit wird die Unterbringung der Flüchtlinge und der Obdachlosen in Ludwigsburg sein. Weitere Themen sind der ÖPNV. DIE LINKE überlegt, ob ein Sozialticket nach dem Vorbild von Stuttgart gefordert werden soll. Ausserdem stehen die Haushaltsplanberatungen und neue Baugebiete auf der Tagesordnung.

Gemeinderat Vaihingen an der Enz – Peter Schimke. Mit Peter Schimke in Vaihingen Enz konnte DIE LINKE bei der letzten Kommunalwahl in den 3. Gemeinderat im Landkreis Ludwigsburg einziehen. Als Einzelstadtrat hat Peter im Technischen Ausschuss Rederecht, jedoch kein Stimmrecht. Schwerpunkt der bevorstehenden Arbeit wird der Er-

Jetzt zwei Sitze für DIE LINKE im **Gemeinderat Ludwigsburg**: Werner Hillenbrand konnte vor fünf Jahren für DIE LINKE den ersten Sitz im Ludwigsburger Gemeinderat erringen. Leider musste er vorzeitig aus



... und Oliver Kube

halt des örtlichen Krankenhauses im Verbund der Regionalen Kliniken Holding (RKH) GmbH sein. Dabei ist es für DIE LINKE wichtig, dass die sozialen Standards für alle Beschäftigten nicht geschliffen werden. Weitere Themen sind die neue Streckenführung der Bundesstraße 10, sowie die Wohnsituation in Vaihingen. DIE LINKE fordert, dass die Stadt zur Verringerung der Spekulation Grundstücke aufkauft und in den Mietwohnungsbau einsteigt.



Vier Mandate im Kreistag Ludwigsburg. Hans-Jürgen Kemmerle, Peter Schimke, Anne Jeziorski, Walter Kubach

DIE LINKE im Ludwigsburger Kreistag arbeitet nach der Kommunalwahl in Fraktionsstärke, früher waren es zwei, jetzt sind es vier Mandate.

Die beiden bisherigen Kreisräte Peter Schimke aus Vaihingen / Enz und Hans-Jürgen Kemmerle aus Ludwigsburg wurden wieder gewählt.

Neu hinzu kamen Anne Jeziorski aus Kornwestheim und Walter Kubach aus Mundelsheim. DIE LINKE wird zukünftig in allen beschließenden Ausschüssen des Kreistages sowie in den Aufsichtsräten der kreiseigenen Kliniken gGmbH und der ebenfalls kreiseigenen Abfallverwertungsgesellschaft, sowie in einigen anderen Gremien stimmberechtigt vertreten sein.

Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der bisherige Gruppensprecher Hans-Jürgen Kemmerle, als Stellvertreter Peter Schimke gewählt.

Als erste Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit soll die schwierige Arbeitssituation und die drohende Auslagerung von Arbeitsplätzen bei den Kliniken im Kreis Ludwigsburg angegangen werden. Die sich auch in reichen Landkreisen abzeichnende Spaltung der Gesellschaft mit einer einhergehenden Armutsentwicklung wird ein weiteres wichtiges Thema der neuen Fraktion sein. Hier stehen die Zahl der Schuldnerberatungsangebote und die Schaffung eines Sozialtickets für den öffentlichen Verkehr im Mittelpunkt.

Walter Kubach (Kreisrat Ludwigsburg)

Zwei Mandate in Pforzheim

DIE LINKE in Pforzheim war in den vergangenen fünf Jahren durch Claus Spohn im Gemeinderat vertreten. Nun hat er Verstärkung von Peter Pfeiffelmann bekommen, d.h. eine Verdopplung der Mandate. Auch hat DIE LINKE Pforzheim als einzige Gruppierung, die schon im Gemeinderat vertreten war, ein Plus in den absoluten Stimmen erreicht. Trotz fehlendem Fraktionsstatus (ab 3 Mandate) besetzen Claus Spohn und Peter Pfeiffelmann stimmberechtigt folgende Ausschüsse. Claus Spohn: Ausschuss- für öffentliche Einrichtungen, für Soziales und Beschäftigung; Finanzausschuss, Jugendhilfeausschuss, Wirtschaftsförderungsausschuss, Integrationsausschuss, Ältestenrat, Jobcenter Pforzheim (Beirat)



Gemeinderat Pforzheim – Claus Spohn ...

Umwelt, für Sport, Umlegungsausschuss, Werkeausschuss, Gemeinsamer Schulbeirat, für Kultur, für Schulen, im Regionalverband Nord-schwarzwald, im Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse Pforzheim Enzkreis Calw, im Aufsichtsrat Stadtverkehr Pforzheim GmbH & Co. KG.



... und Peter Pfeiffelmann

Dies bedeutet sehr viel Arbeit für beide. Trotzdem hat Peter Pfeiffelmann zum Thema Abriss technisches Rathaus und zum Bau eines Prestigeobjekts an dieser Stelle für gute Presse gesorgt. Und Claus Spohn engagierte sich öffentlich im Ausschuss für Soziales und Beschäftigung zum Thema Bau einer Unterkunft für Flüchtlinge und AsylanträgerInnen.

Beide hoffen, dass die Pforzheimer auf die gute Politik DER LINKEN aufmerksam werden, um mehr Mitglieder und Stimmen vor Ort für die Partei zu gewinnen.

Linke Kreistagsfraktion im Rhein-Neckar-Kreis

Die größte parlamentsähnliche Versammlung, in der die Linke derzeit in Baden-Württemberg vertreten ist, ist



der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises. Weil dieser Landkreis einer der größten in Deutschland ist, besteht der dortige Kreistag aus 105 Kreisrätinnen und Kreisräten. Nur der Landtag von Baden-Württemberg ist mit 138 Abgeordneten noch größer – bis jetzt allerdings ohne Linke.

Seit den Kommunalwahlen 2014 ist die Linke in diesem Kreistag jetzt in Fraktionsstärke und mit vier Kreisräten vertreten. Obwohl die seit langem bestehende Geschäftsordnung des Kreistages den Fraktionsstatus erst ab fünf Kreisräten vorsieht, beschloss der Kreistag bei seiner konstituierenden Sitzung am 22. Juli einstimmig, der Linken mit ihren vier Kreisräten den Fraktionsstatus dennoch zuzubilligen. Das entspricht einem von Fairness und gegenseitigem Respekt geprägten Umgang, der in den zurückliegenden fünf Jahren etabliert werden konnte, als die Linke nur mit drei Kreisräten vertreten war. Man kennt sich inzwischen und schätzt die fachliche ausgewiesene Arbeit. Auch in ausnahmslos allen Ausschüssen, Beiräten und Aufsichtsräten des Rhein-Neckar-Kreises ist die Linke nun stimmberechtigt mit jeweils einem Mitglied vertreten. Auch das hätte ihr aufgrund des Wahlergebnisses rechnerisch zumindest nicht in allen Fällen zugestanden, sondern ist das Ergebnis einer geschickten Verhandlungsführung.

Als Fraktionsvorsitzender wurde Edgar Wunder gewählt. Weitere Kreisräte sind Carsten Labudda, Detlef Gräser und Mandy Vacklahovsky (siehe Bild).

Eines der wichtigsten Projekte in den nächsten Jahren wird für uns sein, eine Mehrheit für die Einführung eines Sozialtickets im Kreisgebiet zu finden. Bislang gibt es im Kreistag eine stabile 60%-Mehrheit gegen ein Sozialticket. Eine vorschnelle Abstimmung würde derzeit auf Jahre hinaus die Zementierung der Positionen und die faktische „Beerdigung“ des Anliegens bedeuten. Deshalb versuchen wir derzeit, durch Anhörungen und fraktionsübergreifende Arbeitskreise die Diskussionen zu diesem Thema immer weiter am Laufen zu halten, bis irgendwann eine Mehrheit für einen Einstieg in ein Sozialticket gefunden ist. Das ist ein langwieriger Prozess, bei dem man viel Geduld braucht.

Der Ausbau von Transparenz und Bürgerbeteiligung, die Förderung erneuerbarer Energien und die Vermeidung weiterer Privatisierungen sind weitere „Großbaustellen“, bei denen wir schon in den letzten Jahren schrittweise vorangekommen sind.

erbarer Energien und die Vermeidung weiterer Privatisierungen sind weitere „Großbaustellen“, bei denen wir schon in den letzten Jahren schrittweise vorangekommen sind.

Eine akute Herausforderung ist es derzeit, mit den rapide steigenden Asylbewerberzahlen Schritt zu halten. Der Rhein-Neckar-Kreis muss gegenwärtig Monat für Monat 200 zusätzliche Plätze für Flüchtlinge einrichten und steht inzwischen bei der Quartiersuche mit dem Rücken zur Wand. Als Notmaßnahme wurden dazu im September 2014 in Waibstadt erstmals durch eine polizeiliche Verordnung leerstehende Wohnungen requiriert. Auf eine sich dagegen bildende Bürgerinitiative versuchte die NPD Einfluss zu gewinnen, die den Ort flächendeckend mit Postwurfmateriale belieferte. Inzwischen hat sich dort die Lage wieder beruhigt. *Edgar Wunder*

Keine Angst vor großen Tieren



Neue linke Stadträtin in Heilbronn: Bettina Michaelis

Ich bin Bettina Michaelis und neue Stadträtin der LINKEN im Heilbronner Gemeinderat. Bisher wurde DIE LINKE von Hasso Ehinger vertreten, der im neuen Gremium für die Bunte Liste gewählt

wurde. 1970 in Karlsruhe geboren, bin ich seit drei Jahren in Heilbronn. Seither habe ich mich in der LINKEN engagiert und bin Mitglied im Kreisvorstand und im Sprecherkreis des Stadtverband Heilbronn. Beruflich bin ich seit über 20 Jahren in der Altenpflege tätig und kenne die Sorgen und Nöte der Beschäftigten und der Patienten. Gesundheit und Pflege soll deshalb auch ein Schwerpunkt meiner politischen Arbeit sein.

Als Stadtverband haben wir im Kommunalwahlkampf richtig losgelegt. Wir hatten voll besetzte Infostände mit tollen Gesprächen. Ob Zeitungsverteilen oder Plakatieren, immer war es ein ganzes Team, das mit Spaß und Elan bei der Sache war.

Eine unserer besten Veranstaltungen hielten wir zum Thema Pflege ab. Ich konnte aus dem Alltag der Altenpflege berichten, der Gewerkschaftssekretär Arne Gailing unterfütterte die Aussagen mit Zahlenmaterial. Aus der Veranstaltung entstand die Idee eines Pflegestammtischs. Nach der Wahl wurde eine Gemeinderatsgruppe gegründet, die gerade gemeinsam Anträge für den Haushalt ausarbeitet und die zukünftige linke Kommunalpolitik in Heilbronn ausbauen soll.

Fraktion DIE LINKE im Heilbronner Kreistag

„Sozial gestalten statt nur verwalten“

Am 15.9.14 (Tag der Demokratie) fand in der Frankenhalle in Untereisesheim die konstituierende Sitzung des Heilbronner Kreistags statt. DIE LINKE ist mit zwei Kreisräten vertreten und hat eine Fraktion gegründet. Bisher wurden erst Gruppen mit drei Kreisräten als Fraktion behandelt, allerdings folgte diese Einteilung ohne rechtliche Grundlage.

Bei einer konstituierenden Sitzung bildet sich der neue Kreistag, die Posten in Ausschüssen und in Aufsichtsräten werden verteilt. Um lange Wahlvorgänge zu verhindern, wird bereits zuvor eine Einigung angestrebt und dann diesem Ergebnis einstimmig zugestimmt. Johannes Müllerschön kam so in den Verwaltungsausschuss und in den Regionalverband und Florian Vollert in den Jugendhilfeausschuss und in den Sozialausschuss.

Im Anschluss an die Wahlen hielt Johannes Müllerschön als Fraktionsvorsitzender der LINKEN eine im Vorfeld angekündigte politische Rede, die den Unmut von CDU und SPD hervorrief. Müllerschön verwies auf die Tatsache, dass auch Inhalt zu einem demokratischen Gremium gehört.



Per Tandem in den Kreistag: Florian Vollert und Johannes Müllerschön

Bereits in der letzten Wahlperiode, in der Müllerschön noch Einzelkämpfer war, war der Widerspruch zwischen intransparenter Verwaltung und demokratischem, parlamentarischem Diskurs wichtiges, strittiges Thema. Das Wahlkampfthema der Heilbronner LINKE „Sozial gestalten, statt nur verwalten“ war logische Konsequenz und Ergebnis praktischen Handelns. Dieses Motto spielte nun auch auf der konstituierenden Sitzung des Kreistags wieder eine Rolle. Landrat Detlef Piepenburg betonte die Rolle des Kreistags als „oberstes Verwaltungsorgan“. Der Kreistag sei kein Parlament, meinte der Landrat „und lange Reden deshalb überflüssig“, so ergänzte der Redakteur der „Heilbronner

Stimme“ in einem größeren Bericht. Müllerschön konterte in seiner Rede (unter Punkt 17, Verschiedenes): „Wir brauchen in der Heilbronner Kreistagspolitik mehr Transparenz, mehr Öffentlichkeit, mehr nachvollziehbaren politischen Diskurs mehr Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner. Kurzum wir brauchen mehr Demokratie. Soviel muss man am Tag der Demokratie ja noch sagen dürfen.“ Im Detail nannte Müllerschön dann noch konkrete inhaltliche Schwerpunkte der LINKEN:

„Wir wollen zum Beispiel ein baldiges Sozialticket, als Schritt zu einem besseren, gerne auch fahrscheinfreien Nahverkehr. Wenn die zögerliche Einführung nicht an den handelnden Personen liegt, sondern an den schwerfälligen Strukturen im HNV, dann müssen wir halt an diese Strukturen ran. Stichwort: Rekommunalisierung des Nahverkehrs. Wir wollen Krankenhausneubauten nicht auf Kosten der Beschäftigten und der Patienten. Wir wollen aber effektive und flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Schwierig vermittelbar wird öffentliche Finanzierung natürlich immer dann, wenn danach Privatisierung oder Teilprivatisierung im Raum steht.“

Die ganze Rede und Berichte über unsere Arbeit als Fraktion, gibt es unter: www.kreistag.die-linke-heilbronn.de.

35.000 syrische Flüchtlinge in der kurdischen Kleinstadt Suruc – Ein Hilferuf

Ein Reisebericht von Karin Binder (MdB)

Ausgehend von der Provinzhauptstadt Sanliurfa fuhr unsere Delegation mit den MdBs der Linksfraktion, Karin Binder, Annette Groth, Sabine Leidig und Can-su Özdemir (LINKE-Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft) in die Kleinstadt Suruc, mit knapp 60.000 Einwohnern, die etwa zehn Kilometer entfernt von der Stadt Kobane (arabisch „Ayn al Arab“) nahe der syrischen Grenze liegt.

Begleitet wurden wir von zwei Genossen der dortigen DBP (Partei der Demokratischen Regionen – in Nachfolge der Partei für den Frieden und Demokratie/BDP), ihrem Vorsitzenden Celahattin Erkmen und dem Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied Farak Yaygin.

- In Suruc trafen wir
- die junge Bürgermeisterin Zühal Ekmez, die seit den Kommunalwahlen im Frühjahr in dieser verantwortungsvollen Funktion arbeitet;
 - Flüchtlinge aus Kobane und den vielen umliegenden Dörfern;
 - Mitglieder von Flüchtlingsräten und viele ehrenamtliche HelferInnen;
 - eine Delegation von Frauen aus unterschiedlichsten Frauenorganisationen der ganzen Türkei („Frauen für

den Frieden“, feministische Sozialistinnen, kurdische Frauenorganisationen ...);

- Abgeordnete des türkischen Nationalparlaments;
- Yakup, einen Deutsch-Kurden aus Wuppertal, der mit Sohn und Tochter und einem Freund auf dem Weg nach Kobane war, um dort einem anderen Freund zu helfen.

In unseren Gesprächen erfuhren wir, dass Suruc, wie viele andere kurdische Gemeinden, sich selbst überlassen wird. Ohne Unterstützung des türkischen Staats kümmert sich die Kommune mit Hilfe vieler Ehrenamtlicher um die 35.000 bis 40.000 Flüchtlinge, die sich derzeit in Suruc aufhalten. 15.000 bis 20.000 Flüchtlinge wurden von anderen Kommunen in der Umgebung aufgenommen. Ehrenamtliche Flüchtlingsräte in der kurdischen Kleinstadt an der türkisch-syrischen Grenze kümmern sich um traumatisierte Kinder und Frauen, Kranke und alte Menschen. Ohne die selbstorganisierten Flüchtlingsräte, die sich um Unterbringung, zum Teil in riesigen Zeltlagern, um Matratzen, Decken, Lebensmittel oder Medikamen-

te und medizinische Versorgung kümmern, wäre dies alles nicht zu leisten. Aber spätestens in vier Wochen ist der Winter da. Die Menschen müssen in winterfesten Containern untergebracht werden, brauchen Sanitäreinrichtungen und medizinische Versorgung.

Die vielen Flüchtlinge, die sich noch auf syrischem Gebiet vor den Terroristen der IS in den Hügeln der Wüste verstecken, haben derzeit keine Chance, sich in Sicherheit zu bringen. Die Türkei hat mit ihrem Militär die Grenze dicht gemacht. Panzer und Militärfahrzeuge stehen in Kolonnen auf den Hügeln und beobachten lediglich, was auf der anderen Seite der Grenze geschieht. Anhand der vielen leeren Tränengasgranaten, die in einem Streifen von 500 bis 1000 m vor der türkischen Grenze zu finden sind, wird deutlich, wo das türkische Militär seine Hauptgegner sieht. Mit allen Mitteln wird versucht, junge Kurdinnen von einem Grenzübertritt nach Syrien abzuhalten, um die kurdischen KämpferInnen in Kobane zu unterstützen. Wie uns berichtet wurde, würde dabei vom türkischen Militär schon auch scharf geschossen.



Türkische Frauendelegation mit MdB's Karin Binder und Annette Groth

Aus dem kurzen Gespräch mit Abgeordneten des türkischen Nationalparlaments wissen wir, dass dies alles dem türkischen Parlament offenbar keine Debatte wert ist.

Frauengruppen, die sich in den Lagern um die traumatisierten Frauen und Kinder bemühen, haben von den Flüchtlingen erfahren, dass von der IS entführte Frauen von der Terrororganisation sogar in die Türkei hinein verkauft würden. Spätestens hier muss sich internationale Politik einmischen und dem IS und seinen Unterstützern die Konten sperren. Die internationale Hilfe muss endlich organisiert werden. Aber weder der UNHCR (der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen) noch andere große internationale Organisationen, bis auf Ärzte ohne Grenzen, wurden in Suruc bisher gesichtet. Internationale Hilfe über Ankara wird in Suruç nicht ankommen.

Was wir in Kurdistan gesehen haben, zwingt uns schnell zu handeln. Wir sammeln Geld, um es als Winterhilfe an die türkisch-syrischen Grenze zu schicken – direkt nach Suruç, dort wo Frauen, Kinder, Alte und Kranke Zuflucht finden.

Spendenaufwurf: Friedens- und Zukunftswerkstatt (steuerlich absetzbar)

IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90, Frankfurter Sparkasse

Verwendungszweck: Flüchtlingshilfe Suruc

Gökay Akbulut (Stadträtin, Mannheim), Karin Binder (MdB), Annette Groth (MdB), Heike Hänsel (MdB), Sabine Leidig (MdB), Cansu Özdemir (Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft)

Ständig aktuelle Informationen und Analysen

Ständig aktuelle Meldungen und Analysen findet Ihr auf der Website von Civa-ka Azad, dem kurdischen Informations-

zentrum unter: <http://civaka-azad.org/>

Unterschreibt die Online-Petition, Aufhebung des PKK-Verbots

<https://www.openpetition.de/petition/online/heben-sie-bitte-das-pkk-verbot-auf>
„Aufhebung des PKK-Verbots“ ist nicht nur eine lange von der Linken

vertretene Forderung. Es ist eine Notwendigkeit, um zur Demokratisierung in der Türkei beizutragen und Chancen für eine demokratische Entwicklung im Nahen Osten zu eröffnen. Die Internationale Liga für Menschenrechte fordert die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Streichung von der EU-Terrorliste.

Rojava braucht unsere Solidarität!

In Syrien herrscht Krieg – und die Türkei schaut tatenlos zu, ist die offizielle Berichterstattung. Doch real kämpft die Türkei in Syrien mit. Denn während im kurdisch dominierten Norden Syriens derzeit hunderttausende Menschen von den Milizen des „Islamischen Staates“ fliehen, greift die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan aktiv in den Konflikt ein. Dass die Führung in Ankara dabei über Leichen zu gehen bereit ist, musste ich vor wenigen Wochen als eine der ersten internationalen Vertreterinnen an der türkisch-syrischen Grenze bei Kobane selbst erleben. Eine starke militärische und paramilitärische Präsenz auf türkischer Seite verhinderte, dass sich die Menschen aus dem syrischen Kampfgebiet in Sicherheit über die türkische Grenze bringen konnten. Ich bezweifle vor diesem Hintergrund auch die hohen Flüchtlingszahlen, die von der Türkei angegeben werden. Gleichzeitig verhindert die Türkei, dass Kurden und Kurdinnen aus der Türkei nach Kobane kommen können, um dort ihre Stadt zu verteidigen. Kobane gehört zur autonomen Kurdenregion Rojava in Nordsyrien, die sich basisdemokratisch selbstverwaltet und sich multiethnisch und multireligiös definiert. Dieses progressive, linke Projekt ist vielen ein Dorn im Auge. Deshalb benötigt Rojava unsere Solidarität!

Türkei betreibt doppelbödiges Politik

Ankara betreibt hier ein zynisches Spiel mit den Kurden und Kurdinnen. Sie werden einerseits nicht aus Syrien ins Land gelassen und andererseits auch in der Türkei brutal unterdrückt, wenn sie in ihrer Verzweiflung protestieren. Mehr als 40 Tote hat es bei den letzten Solidaritäts-Demonstrationen für Kobane in der Türkei gegeben. Wo bleibt da der Protest aus Berlin? Die Bundesregierung betreibt eine Politik des organisierten Wegschauens in Bezug auf den NATO-Partner Türkei und ist dadurch mitverantwortlich für das, was in der Türkei und Syrien passiert. Mittlerweile bombardierte das türkische Militär sogar PKK-Stellungen in der Türkei und geht dazu über selbst Flüchtlinge aus Kobane zu verhaften.

Die autokratische Erdogan-Führung versucht mittels der barbarischen Gewalt der IS-Terroristen offenbar zwei regionalpolitische Ziele auf einmal blutig durchzusetzen. Der kurdische Widerstand soll gebrochen und die Regierung von Präsident Baschar al-Assad gestürzt werden. Um dies zu erreichen, wird die Grenze für Flüchtlinge aus Syrien und für Kämpfer gegen den IS nach Syrien dicht gemacht. Zugleich gibt es zahlreiche glaubwürdige Berichte aus der türkischen, kurdischen und US-amerikanischen Presse über vielfältige

Unterstützung aus der Türkei für die IS-Terroristen. All das wird von den USA und der EU mit Blick auf die Befindlichkeiten des NATO-Partners Türkei stillschweigend akzeptiert bzw. entspricht den eigenen geostrategischen Interessen, denn so erklärte US-Außenminister Kerry, Kobane sei „kein strategisches Ziel für die USA“.

Auch USA-NATO-Allianz verfolgt eigene Interessen

Die doppelböckige Politik der Türkei gegenüber dem IS und der humanitären Katastrophe in Nordsyrien findet seine Entsprechung in der Geopolitik der USA und der übrigen NATO-Staaten. Über Jahre hinweg wurde der säkular ausgerichtete syrische Staat destabilisiert und eine Regime-Change-Politik von außen verfolgt. Allen voran die Türkei, Saudi-Arabien und Katar. Dafür war keine noch so extremistische Gruppe in Syrien schlecht genug, um nicht Geld, Waffen ja sogar Trainingslager anzubieten. Ja, es stimmt, dass die Assad-Regierung Teile der Bevölkerung unterdrückt hat. Aber der westlichen Allianz, die ihren Sturz anstrebt, geht es nicht um eine Verbesserung der Situation! Das zeigt sich schon bei einem Blick auf die Alliierten der USA bei den laufenden Bombenangrif-



fen auf IS-Stellungen in Syrien, darunter Katar und Saudi Arabien, alles „lupenreine Demokratien“. Das ist so, als würde man mit einer Horde Pyromanen einen Hausbrand löschen wollen. Tatsache ist, dass sowohl die Türkei als auch die USA-NATO-Allianz versuchen, eigene Interessen in der Region durchzusetzen. Dafür muss der mit Russland und dem Iran verbündete Assad beseitigt werden. Die menschlichen Kosten für dieses Vorhaben beginnen wir zu verstehen, wenn wir die Bilder der Millionen Flüchtlinge in der Region sehen. Nun kommen zunehmend mehr Kriegsflüchtlinge nach Deutschland, aber immer auf illegalem

Weg, da es unmöglich ist als Flüchtling legal einzureisen. Deutschland muss hier aktiv deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen! So harren zum Beispiel über 100 000 syrische Flüchtlinge in Libyen. Libyen ist weder in der Lage noch politisch bereit, die Flüchtlinge angemessen zu versorgen. Viele suchen deshalb den immer gefährlicheren Weg über das Mittelmeer. Die notwendigen Mittel für eine gemeinsame Aufnahmeaktion der EU-Staaten gäbe es, wenn sie nicht für die weitere technologische Hochrüstung der Grenzkontrollen verschleudert würden.

Die Forderungen der LINKEN sind klar: Die Bundesregierung muss endlich Druck auf die Erdogan-Regierung ausüben und darf sich nicht länger wegducken. Wir brauchen einen umfassenden Hilfskorridor nach Kobane. Die Türkei muss deshalb umgehend die Grenzen zu dem autonomen Kurdengebiet Rojava in Syrien öffnen und den kurdischen Widerstand gegen den IS-Terror nicht weiter behindern. Zugleich muss die humanitäre Versorgung für Kobane und die anderen Regionen Rojawas organisiert werden und die Unterstützung der IS-Milizen mit Waffen, Munition und anderer Ausrüstung gestoppt werden. Angesichts der Drohungen Erdogans, mit Bodentruppen in den Konflikt in Sy-

Unterstützt Kobane! Öffnung eines Hilfskorridors für Kobane!

Resolution des Landesausschusses DIE LINKE Baden-Württemberg, Stuttgart vom 19. Oktober 2014

In ganz Europa demonstrieren tausende Menschen in Solidarität mit den kämpfenden Kurdinnen und Kurden in Kobane/Rojava.

Abscheu, Ablehnung und auch die Angst vor den Mörderbanden des IS sind groß, die Empörung über die NATO-Staaten, insbesondere die Türkei, ebenso.

Wir unterstützen die Erklärung der Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger vom 8.10.2014 und betonen: DIE LINKE fordert:

- massive humanitäre Hilfe, Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge im Grenzgebiet, deutliche Aufstockung der humanitären Hilfe für die mehr als sieben Millionen syrischen und irakischen Flüchtlinge in den Nachbarstaaten;

- Öffnung der türkisch/syrischen Grenze bei Kobane in beide Richtungen für die Kurdinnen und Kurden, Sicherung eines Hilfs-Korridors für Kobane, dagegen Schließung der Grenzen und Unterbindung jeglicher Unterstützung für den IS durch die Türkei;

- Solidarität und Unterstützung für die bewaffnete Selbstverteidigung der Kurdinnen und Kurden in Kobane/Rojava – Bekämpfung des IS und Unterbindung aller Unterstützungen und Ressourcen für den IS;

- Anerkennung der demokratischen Selbstverwaltung der Kurdinnen und Kurden in Rojava/Kobane, Demokratisierung in der Türkei, Anerkennung der kurdischen Interessen, Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und Europa, Abzug der Patriot-Raketen;

- Öffnung der Grenzen in Deutschland und in Europa für die Flüchtlinge, Ausweitung, Verbesserung der Aufnahme im Land und in den Kommunen.

Eine Militärintervention lehnen wir als LINKE ab – die NATO-Staaten sind Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.

- Wir rufen auf zur Durchführung und Teilnahme an Protestaktionen zusammen mit kurdischen und türkischen Vereinen und Organisation, Bündnisse und zur Veröffentlichung von Beschlüssen und Resolutionen;

- Zur Bekämpfung des IS und seines Kriegs im Nahen Osten gehört, dass auch alle Destabilisierungs- und Spaltungsversuche seiner Anhänger in Europa, weltweit und in Deutschland bekämpft werden. Die religiös aufgeheizten Mörderbanden des IS dürfen sich nicht darauf berufen können, im Namen des Islam oder irgendeiner Variante des Islam zu handeln. Deshalb unterstützen wir alle Bestrebungen der Menschen aus kurdischen, türkischen, arabischen Ländern und Regionen und aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften nach Zusammenarbeit, Ausgleich und friedlichem Zusammenleben. Wir unterstützen Ihre Bestrebungen und Verlautbarungen zur Ablehnung und Bekämpfung des IS und seiner Anhänger.

- wir empfehlen vor Ort Veranstaltungen als LINKE und gemeinsam mit kurdischen, türkischen, arabischen Vereinen und Organisationen; dazu bieten sich auch die Bundestagsabgeordneten an, die in den vergangenen Wochen an der türkisch-syrischen Grenze waren, darunter Karin Binder, Annette Groth und Heike Hänsel.

Wir rufen auf zur Spendenkampagne:

Nothilfe Kobane: medico international;
Konto-Nr. 1800; Frankfurter Sparkasse; BLZ 500 502 01;
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00; BIC: HELADEF1822

Oder: Friedens- und Zukunftswerkstatt,
Frankfurter Sparkasse
BIC: HELADEF1822, IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
Verwendungszweck: „Flüchtlingshilfe Suruç“

rien einzugreifen, müssen die Bundeswehrsoldaten und „Patriot“-Raketeneinheiten aus der Türkei umgehend abgezogen werden. Eine wie auch immer gestaltete „Schutzzone“ auf syrischer Seite muss verhindert werden. Und: Solange

die türkische Führung nicht glaubhaft den IS-Terror zu bekämpfen hilft, dürfen keine weiteren EU-Beitrittsverhandlungen stattfinden. Vor allem aber gilt: Die Türkei, Saudi-Arabien und Katar dürfen keine weiteren Waffen aus Deutschland

erhalten. Denn jede Pistole, jedes Gewehr und jede Kugel, die heute in diese Staaten verkauft wird, kann morgen in den Händen der IS-Terroristen landen. *Heike Hänsel, linksfraktion.de, 10. Oktober 2014*

Die Zeit drängt: Alle nichtmilitärischen Maßnahmen umgehend einleiten! Nein zu einem Bundeswehreinsatz in Syrien und Nordirak!

Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom 18. Oktober 2014

Der fürchterliche Krieg gegen die Kurden und Kurdinnen, Yeziden, andersdenkende Muslime und Musliminnen und Christen und Christinnen im Nordirak und Syrien, ist auch eine Folge militärischer Eskalation durch den Krieg der USA gegen den Irak 2003 und der Diskriminierung der Sunniten unter der Besatzung und dem irakischen Regime sowie der Unterstützung der IS-Terrorbanden aus Saudi-Arabien, Katar und anderer mit dem Westen verbündeter Länder.

Die Türkei hat in dieser schlimmen Krise eine herausragende Verantwortung. Aber die türkische Regierung will vor allem Assad stürzen und die Selbstverwaltung der Kurdinnen und Kurden bekämpfen und nutzt dafür sogar die terroristische Söldnerarmee, die sich selber als „Islamischer Staat“ bezeichnet. Deren potentielle Kämpfer werden unbehelligt durchgelassen, das gilt auch für Waffen. Die Flüchtlinge und Hilfstransporte werden hingegen regelmäßig behindert. In der Stadt Kobane kämpfen Kurdinnen und Kurden vor allem der YPG unter politischer Führung der PYD, die der PKK nahe steht, gegen den Islamischen Staat. Sie werden von der türkischen Regierung kriminalisiert und sogar angegriffen, da diese die Zerschlagung der YPG-Truppe wünscht. Die Unterdrückung der Proteste gegen diese Politik in der Türkei ist inakzeptabel.

Die Türkei ist Nato-Mitglied und EU-Beitrittskandidat. Insofern ist sie ein Bündnispartner der USA, Großbritannien, Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten. Aber es wird von der Bundesregierung nicht der geringste Druck auf die türkische Regierung ausgeübt. Dieses Versagen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner ist verantwortungslos. In dieser Situation haben nun einige aus der Spitze von Bündnis 90 / Die Grünen vorgeschlagen, die Bundeswehr in die Kriegsregion in Syrien und Nordirak zu entsenden. DIE LINKE lehnt dagegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und daher diesen Vorschlag klar ab.

DIE LINKE ist eine antimilitaristische Partei. Wir stehen für zivile

Konfliktprävention und zivile Konfliktlösungen. Wir kritisieren die Interventionspolitik der westlichen Großmächte, die diese katastrophalen Situationen erst möglich gemacht hat. Eine militärische Intervention von westlichen Staaten ist auch deshalb abzulehnen, weil die bisherigen Erfahrungen mit Militärinterventionen zeigen, dass dies letztlich die Rekrutierung der Terrormilizen erleichtert. Die Erfahrung aller bisherigen „humanitären Interventionen“ ist, dass es danach nicht weniger Terror gab, sondern mehr. Die politischen und sozialen Konflikte, die hinter den ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen stehen, können nicht mit militärischer Gewalt von außen befriedet, geschweige denn gelöst werden. Der „Krieg gegen den Terror“ von NATO, USA und Bundesregierung ist gescheitert und hat terroristische Gefahren weltweit erhöht. Nun fordern sie einen neuen. DIE LINKE hat den „Krieg gegen den Terror“ berechtigt zurückgewiesen und lehnt eine Beteiligung Deutschlands an einem neuen ab.

Unser Nein zu einem Bundeswehreinsatz ist verbunden mit einer scharfen Kritik am bisherigen Agieren der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft. Die Zeit drängt: Alle nichtmilitärischen Maßnahmen zur Unterstützung der von der IS Bedrohten Menschen müssen umgehend umgesetzt werden. Deshalb fordern wir:

Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Selbstverteidigungskräfte der gegen IS kämpfenden Kurdinnen und Kurden zu schwächen, sind insbesondere von der Türkei zu unterlassen. Wir sind entsetzt über Nachrichten, dass die Türkei in dieser Situation kurdische Kämpfer angreift. Wir fordern einen sofortigen Stopp dieser Angriffe. Wir fordern die Bundesregierung auf, die in der Region stationierten Patriot-Raketen der Bundeswehr abzuziehen, um den Druck auf Erdogan zu erhöhen.

Die kurdische Selbstverwaltung muss international und auch von der Türkei endlich als legitimer demokratischer Entwicklungspfad für die dort lebenden Menschen anerkannt werden. Die gewählten VertreterInnen der kurdischen Selbstverwaltungsgebieten und der PYD müssen von der Bundesregierung und der EU in Gespräche zur

Lösung der Lage an der syrisch-kurdischen Grenze eingeladen werden.

Das PKK-Verbot in Deutschland ist sofort aufzuheben und die PKK ist von der EU-Terrorliste zu streichen, um den politischen Druck auf die Türkei zu erhöhen und die politische Selbstorganisation und Solidaritätsarbeit in Deutschland und Europa nicht weiter unter Strafe zu stellen. DIE LINKE wird parlamentarisch und außerparlamentarisch geeignete Schritte einleiten.

Der Schutz der Flüchtlinge und der Zivilbevölkerung muss oberste Priorität haben. Die Türkei muss die Grenzen zu den kurdischen Gebieten in Nordsyrien öffnen und die Grenze für die IS-Kämpfer schließen. Das würde den Menschen in Kobane am wirksamsten helfen, auch bei ihren Verteidigungsbemühungen. Für die Aufnahme und den Schutz der Flüchtlinge in der Grenzregion muss die internationale Gemeinschaft unter Führung der UN eine gemeinsame Kraftanstrengung unternehmen. Die betroffenen Anrainerstaaten dürfen nicht länger allein gelassen werden. Die internationale Gemeinschaft muss hier zu einem gemeinsamen Handeln finden.

Die humanitäre Hilfe für die aus Syrien und dem Irak geflüchteten Menschen muss massiv verstärkt werden. Das UN-Flüchtlingshilfswerk muss direkten Zugang zum Grenzgebiet haben. Die westlichen Staaten müssen ein Vielfaches der derzeit zugesagten Zahl von Flüchtlingen aufnehmen, um die direkten Anrainerstaaten zu entlasten. Dazu müssen auch in Deutschland die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Kommunen brauchen entsprechende finanzielle und organisatorische Unterstützung.

Der IS muss von seinen Finanziers in der arabischen Welt und vom Handel mit Rohstoffen und Waffen effektiv abgeschnitten werden. Banken, die direkt oder indirekt an der Abwicklung des Zahlungsverkehrs des IS beteiligt sind, muss die Banklizenz für die gesamte EU entzogen werden. Länder, die den IS unterstützen, müssen mit Sanktionen belegt werden.

DIE LINKE unterstützt die von den Abgeordneten unserer Bundestagsfraktion initiierte Spendenkampagne für die kurdischen Flüchtlinge im türkisch-syrischen Grenzgebiet.

Gökay Akbulut, Kurdin und Linken-Stadträtin, über die Lage in Kobane und die Folgen für das Zusammenleben in Mannheim „Waffenlieferungen bringen mich in ein Dilemma“

Mit freundlicher Genehmigung des „Mannheimer Morgen“, der das Interview am 22. Oktober veröffentlichte; die Fragen stellte Timo Schmidhuber.

Gökay Akbulut stammt aus einem kurdischen Dorf im Osten der Türkei. Die Mannheimer Linken-Stadträtin setzt sich schon lange für eine Anerkennung der kurdischen Volksgruppe in ihrer Heimat ein. Wie wohl alle Kurden in Mannheim beobachtet auch sie voller Angst die Angriffe der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) auf die kurdische Stadt Kobane im Norden Syriens, direkt an der Grenze zur Türkei.

In Mannheim leben mehr als 5000 Kurden, viele von ihnen haben Verwandte im Norden von Syrien rund um Kobane. Wie lässt sich da im Moment Kontakt halten?

Gökay Akbulut: Trotz der Kämpfe ist das übers Internet und sogar per Telefon möglich, selbst in Kobane kann man noch anrufen. Und es gibt kurdische Nachrichtenagenturen, die uns mit Informationen versorgen.

Die USA haben jetzt Waffen und medizinische Ausrüstung von Flugzeugen aus abgeworfen, um die kurdischen Kämpfer in Kobane zu unterstützen. Ist das die dringend benötigte Hilfe?

Akbulut: Zumindest ein Teil davon. Die Menschen in Kobane sind in einer katastrophalen Situation. Auf der einen Seite stehen die Terroristen des IS, auf der anderen Seite hält die Türkei ihre

Grenze überwiegend geschlossen, viele kurdische Flüchtlinge aus Kobane können jedenfalls nicht durch.

Als Politikerin der Linken, einer Partei mit streng pazifistischer Haltung, dürfen Sie sich über Waffenlieferungen aber eigentlich nicht freuen ...

Akbulut: Die Waffenlieferungen bringen mich als Linke tatsächlich in ein Dilemma. Ich bin auch deshalb in die Linkspartei eingetreten, weil sie eine Anti-Kriegs-Partei ist. Und es gibt viele Beispiele wie etwa den Irak, die gezeigt haben, dass durch militärisches Eingreifen keine Stabilität hergestellt werden kann. Aber als Kurdin ist es für mich andererseits auch schwierig zu sagen, dass ich gegen Waffenlieferungen bin.

Und wie lösen Sie diesen inneren Konflikt?

Akbulut: Die Waffenlieferungen sind eine erste kurzfristige Reaktion, sie sollen helfen, dass sich in Kobane nicht das gleiche Massaker wiederholt, wie es der IS schon an den Jesiden im Nordirak verübt hat. Darüber hinaus ist allerdings eine Gesamtstrategie nötig.

Die wie aussieht?

Akbulut: Nato und EU müssen gemeinsam gegen den IS vorgehen.

Mit Bodentruppen?

Akbulut: Nato und EU müssen zunächst einmal Druck auf den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan ausüben, jegliche Unterstützung für den IS einzustellen. Von der Türkei aus wurden ja unter anderem Waffen an den IS geliefert. Außer-

dem muss die Türkei ihre Grenze nach Syrien öffnen und einen Korridor für die Flüchtlinge und für kurdische Kämpfer aus der Türkei schaffen. Und dann ist natürlich humanitäre Hilfe wichtig. Viele Flüchtlinge dort sind auf sich allein gestellt, und bald wird es Winter.

Sie waren Ende September selbst in der Region und konnten sich ein Bild von der Lage machen ...

Akbulut: Ich war mit einer Delegation in der türkischen Stadt Suruc direkt an der Grenze zu Syrien. Von dort aus waren die Rauchschwaden über Kobane zu sehen. Wir sahen in Suruc viele Flüchtlinge auf den Straßen, organisierte Hilfe vonseiten der Türkei gab es aber nicht. Im Gegenteil: Das türkische Militär hat Hilfszelte der kurdischen Partei HDP abgerissen.

Könnte die Situation auch das friedliche Zusammenleben von Türken und Kurden in Mannheim gefährden?

Akbulut: Das glaube ich nicht. Es gab in den vergangenen Tagen viele kurdische Kundgebungen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern in der Stadt, alle sind friedlich verlaufen. Ich hoffe, dass es auch künftig nicht zu Provokationen durch islamistische Gruppen kommt, so wie das in Hamburg oder Celle passiert ist. Gleichzeitig hat es ja auch in Mannheim aus türkischen Moscheen schon öffentliche Appelle gegen Hass im Namen des Glaubens und damit gegen den Terror des IS gegeben. Das halte ich für eine schöne Geste.

KONGRESS

DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstr. 2

15./16.11.2014



Programm

Freitag 14. November - Auftaktveranstaltung: Gauck im Glück (ab 19h, Ort: Schellingstr. 6)

Samstag 15. November

12:15-13:30 - Deutschlands neue Großmachtambitionen (Jürgen Wagner)

13:45-15:45 - Schneller, besser, härter: Die Sicherheitspolitik unter der Großen Koalition; - Frontalangriff auf die Parlamentskontrolle (Tobias Pflüger); - Attraktivitätsoffensive: Schlagkräftige Bundeswehr 2020 (Thomas Mickan); - Geheimdienste unter sich: NSA-BND und die deutsche Weltmacht (Rainer Rehak)

16:15-18:15 - Die Hardware der Großmacht; - Die Infrastruktur für den weltweiten Einsatz (Christoph Marischka); - Rüstungsprojekte der Bundeswehr (Arno Neuber); - Drohnen als Mittel der „Wahl“ (Matthias Monroy)

19:00-20:30 - Mediale Kriegstrommeln: Ideologieproduktion an der Heimatfront (Claudia Haydt)

Sonntag 16. November

9:30-11:00 - Deutschlands „neue“ Interventionspolitik: Von Afghanistan nach Afrika; - Militärische „Lehren“ aus Afghanistan? (Lühr Henken); - Die „neue“ Afrika-Politik der BRD (Christin Bernhold)

11:15-12:45 - Die Ukraine: Testfall für Deutschlands neue Großmachtambitionen (Jürgen Wagner)

13:00-14:30

7. Standorte der Ideologieproduktion: Die Sicherheitskonferenz in München, Königsbrunn und der Celler Trialog

Mehr Infos: www.imi-online.de

100 Jahre Erster Weltkrieg – Die Linke.SDS startet mit Antimilitarismus-Kampagne

Der Studierendenverband der Partei DIE LINKE, Die Linke.SDS, startet zum Beginn des Wintersemesters mit einer Kampagne gegen Krieg und Militarismus. Anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren wird die Kampagne einen Schwerpunkt des Semesters ausmachen.

Im Zentrum der Kritik stehen der Umbau der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Interventionsarmee durch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und die Forderung von Bundespräsident Gauck nach „mehr Verantwortung“ Deutschlands in der Welt. Es ist eine Schande, dass Joachim Gauck das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren für die Forderung nach vermehrten Auslandseinsätzen der Bundeswehr missbraucht. Wir wollen deutlich machen, dass es Widerspruch gegen eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik gibt. Wer sich wirklich für Menschenrechte interessiert, ruft nicht nach Militär, sondern muss sich für eine andere Weltordnung einsetzen.

Auch die langjährige Forderung nach einem vollständigen Verbot von Rüstungs- und Militärforschung und die Einführung einer bundesweiten Zivilklausel wird durch die Kampagne erneuert. Das Ausmaß an militärischer Forschung an deutschen Hochschulen ist skandalös. Dies wollen wir unter Studierenden bekanntmachen und zunächst auf die Einführung lokaler Zivilklauseln an den einzelnen Hochschulen hinwirken.

Bei Interesse an einer Veranstaltung zu dem Thema an der Hochschule in eurer Stadt oder für weitere Informationen: *Daniel Morteza* daniel.morteza@linke-sds.org

Heilbronn, Horb, Schwäbisch-Hall, Stuttgart, Ulm, Tübingen

Veranstaltungstour zum Ukraine-Konflikt

Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung kam Reinhard Lauterbach, Ukraine-Experte und Osteuropa-Korrespondent, zu einer fünftägigen Veranstaltungstour nach Baden-Württemberg. Lauterbach veröffentlichte vor allem in der linken Tageszeitung *Junge Welt* Artikel über die Zusammenhänge im Ukraine-Konflikt. Neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben vor Ort lokale Akteure die Veranstaltungen unterstützt. In Ulm war die Volkshochschule Mitveranstalter, in Tübingen das Friedensplenum/Antikriegsbündnis gemeinsam mit dem Club Voltaire und der VVN, in Horb der DGB Ortsverband Freudenstadt und

in Schwäbisch Hall der Club Alpha. In Stuttgart organisierte der LINKE-Kreisverband eine eigene Veranstaltung mit Lauterbach. Bei allen Vorträgen waren zahlreiche Zuhörer*Innen gekommen, die sich ein objektives Bild von den Ereignissen in der Ukraine machen wollten. So war auch die Kritik an der einseitig wahrgenommenen Berichterstattung in vielen deutschen Medien ein zentraler Punkt der anschließenden Diskussionen. Eine weitere Veranstaltungstour ist, aufgrund des erfolgreichen Verlaufs, in Planung. Hier ein Veranstaltungsbericht aus Ulm:

Der Ukraine-Konflikt war am 13. Oktober Thema im Club Orange der Ulmer Volkshochschule. Mehr als 50 Personen aus Ulm und Umgebung waren auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Informationsveranstaltung zum „Ukraine-Konflikt im Spannungsfeld der Interessen“ gekommen. Reinhard Lauterbach stellte dar, wie der Konflikt zwar von außen beeinflusst und angeheizt wurde, aber primär innere Ursachen gehabt habe: in der EU-Begeisterung der Demonstranten auf dem Maidan habe sich ein unrealistisch idealisiertes Bild von EU-Europa Bahn gebrochen, das aber im Kontrast zu den schlechten Lebensbedingungen in der Ukraine zu verstehen sei. Dort liege das Lohnniveau um den Faktor 10 unter dem deutschen. Korruption sei alltäglich und Rechtsstaatlichkeit ein Fremdwort. Dieses Unbehagen teile die ganze ukrainische Gesellschaft, allerdings hätten ukrainische Nationalisten im Verbund mit westlich finanzierten „Nichtregierungsorganisationen“ diese Proteste schnell gekapert und nationalistisch gewendet.

Immer wieder hätten diese ukrainischen Rechten die Proteste ins Gewalt-same eskaliert, um einen Machtwechsel erzwingen zu können. Dieser Machtwechsel sei auch im Interesse westlicher Staaten gewesen, die daran interessiert gewesen seien, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands herauszubringen.

Lauterbach kam auch auf die Situation auf der Krim zu sprechen. Deren Abspaltung von der Ukraine sei eine Reaktion auf den Machtwechsel in Kiew gewesen. Denn die ans Ruder gekommenen Nationalisten hätten Gegendemonstranten von der Krim misshandelt und den Status der russischen Sprache eingeschränkt. Ähnlich sei die Ausgangsmotivation für den Aufstand im Donbass gewesen, wobei dort heute russische Nationalisten tonangebend seien.

Nach den Kämpfen des Sommers sei die Infrastruktur des Donbass zerstört, die Wirtschaft liege am Boden. Egal, wie der Konflikt letztlich endete: der Wiederaufbau werde sehr teuer, und eine Versöhnung zwischen dem Donbass und Kiew schwierig, wenn nicht

ausgeschlossen. Die Ukraine sei immer ein Land vieler Kulturen gewesen; jeder Versuch, das Land in eine Richtung zu drängen, verschlimmere die Situation eher. – Fragen aus dem Publikum richteten sich auf Sprachverwandtschaften (Polnisch, Ukrainisch, Russisch), auf die Rolle Klitschkos, auf das weite Feld des ukrainischen Nationalismus, auf den Bevölkerungsrückgang in der Ukraine, auf die genauen Lebensverhältnisse sowie insbesondere auch auf die Rolle der deutschen Medien. Die Gesamtdauer der Veranstaltung von zwei Stunden und die lebhafte Diskussion des Publikums mit dem Referenten verdeutlichte das Interesse am Thema.

Wer sich näher über das Thema informieren möchte, dem sei folgendes Buch ans Herz gelegt: Strutynski, Peter (Hrsg.): *Ein Spiel mit dem Feuer: Die Ukraine, Russland und der Westen*, Köln 2014 (PapyRossa Verlag). Reinhard Lauterbach hat einen Beitrag in diesem Sammelband verfasst. Im November wird in der „edition Berolina“ ein Buch von Lauterbach erscheinen: *Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte*.

Tanja Moll und Florian Vollert

Gegen Drohnen

(*Marbacher Zeitung/Marbach/Bottwartal*) Die Partei Die Linke, Ortsverband Marbach-Bottwartal, informierte in der Marbacher Fußgängerzone über Drohnenüberwachung und Kampfdrohnen zum Töten. Anlass war der globale Aktionstag gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen am 4. Oktober. Unter dem Motto: Drachen statt Drohnen wurden neben den Informationen auch einzelne Flugdrachen an die Passanten verteilt. Die Linke lehnt Kampfdrohnen ab, weil ihr Einsatz die Schwelle der bewaffneten Aggressionen weiter senkt.

Walter Kubach, Die Linke

Zuletzt: Gauck gegen Rot-Rot-Grün in Thüringen

Vor einem Altar und brennenden Kerzen beklagte Bundespräsident Gauck am 2. November die Aussicht auf einen linken Ministerpräsidenten Ramelow in Thüringen. Die Regierungsbildung in Thüringen ist Angelegenheit der Parteien dort und der Fraktionen im Landtag. Linke, SPD und Grüne haben sich darauf verständigt, in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Die Ergebnisse der Sondierungen sind im Internet abrufbar: auf der Website der Linken in Thüringen zu führen. Das passt nicht allen. im Landtag Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN, antwortete: „Ein Präsident muss seine Worte sehr wägen. Sobald er sich dem Verdacht aussetzt, Parteipolitik zu machen, ist seine Autorität beschädigt.“

Fahrplan zur Landtagswahl 2016

Der genaue Termin der Landtagswahl im Frühjahr 2016 steht gegenwärtig noch nicht fest. Trotzdem müssen die Vorbereitungen darauf schon jetzt beginnen. Der Landesvorstand verfolgt dabei folgenden Zeitplan:

Dezember 2014: Der Landesparteitag beschließt den Wahlantritt und diskutiert über die Wahlkampfstrategie. Es bilden sich Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Wahlprogramms. Zu zentralen Themenschwerpunkten werden faktenbasierte Basistexte erstellt und unsere „Halbzeitbilanz“ zur Tätigkeit der Landesregierung wird aktualisiert. Begleitende Beratung dazu in den LAGs und Frühjahr 2015 im Landesausschuss.

Januar 2015: Der Landesvorstand trifft Beschlüsse für die Wahlkampfplanung.

März bis Sommer 2015: In den 70 Wahlkreisen des Landes werden die Kandidierenden nominiert. Dafür wird eine Mustereinladung (entsprechend Wahlgesetz) zur Verfügung gestellt. Hier sind die zuständigen Kreisverbände gefragt.

Juli bis Oktober 2015: In allen 70 Wahlkreisen werden die für die Wahlzulassung notwendigen Unterstützungsunterschriften gesammelt (jeweils mindestens 150 gültige Unterschriften pro Wahlkreis).

September 2015: Der Landesvorstand stellt den Entwurf des Wahlprogramms als Diskussionsgrundlage für den Landesparteitag fertig.

Dezember 2015: Der Landesparteitag verabschiedet das Landtagswahlprogramm.

Januar 2016: Das gedruckte Wahlprogramm und andere Wahlkampfmaterialien mit Plakate, Flyer etc. werden an die Kreisverbände ausgeliefert.

März 2016: Voraussichtlicher Termin der Landtagswahl.

Details der Planung werden im Dezember 2014 auf dem Landesparteitag vorgestellt.

Landesvorstand

Landtagswahl 2016: Thesen zur Strategiedebatte in der LINKEN-BaWü

Diese Thesen entstanden aus der Diskussion im Landesvorstand. Sie wurden beraten im Landesausschuss. Sie dienen der Debatte über die Wahlstrategie und das Wahlprogramm in Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 2016.

„Mit 42 % läge Grün-Rot knapp vor der CDU, die auf 41 % kommt. FDP, AfD und die Linke würden mit je 4 % den Einzug in den Landtag hauchdünn verpassen.“ (Südwestpresse vom 18.9.2014)

Stärke von MP Kretschmann ist die Schwäche der Koalition

Die Grünen kommen nicht ohne Kretschmann aus, aber Kretschmann kommt ohne die Grünen aus. Ministerpräsident Kretschmann (MPK) hat hohe Zustimmungswerte, gilt als seriöser und bodenständiger Konservativer, der nicht für „linke Experimente“ zur Verfügung steht. Wie kein Anderer bei den Grünen legt er sich medial ins Zeug für einen wirtschaftsliberalen und ökokapitalistischen Standortkurs – aber gegen einen ökosozialen Umbau. Er gilt als harter Gegner einer höheren Besteuerung der Reichen, welche noch im Bundestagswahlprogramm der Grünen gefordert wurde. Die SPD führt als Juniorpartner in der Koalition eher ein Schattendasein. Ihre bekanntesten Personen sind Nils Schmid (Wirtschaft) und Reinhold Gall (Innen). Die stehen nicht für soziale Themen, sondern für Nullverschuldung und Verhinderung von NSU-Aufklärung. Bilkay Öney (Integration) steht für das Versagen der Landesregierung bei der Flüchtlingsaufnahme. Die SPD-Linke in Baden-Württemberg um Hilde Mattheis (MdB) hat sich zerbröseln und an Einfluss verloren. Achillesferse der Koalition ist die Bildungspolitik, mit der nur 38 % der Befragten zufrieden sind, die aber 58 % negativ beurteilen. MPK bekennt sich gegen Sozialtarife bei Energiepreisen und positioniert sich gegen Rot-Rot-Grün in Thüringen. MPK regiert als personalisierte Versöhnung von Konzernkapital mit dem aufgeklärten und liberalen Bildungsbürgertum. Die Grünen setzen voll auf seine Ausstrahlung. Denn nach Umfragen hätte die Koalition aus Grün und SPD nur noch eine knappe Mehrheit im Landtag – aber keine Mehrheit mehr in der Gesellschaft.

Kein Politikwechsel unter Grün-Rot

Grün-Rot wurde mit der Hoffnung auf einen grundlegenden Politikwechsel nach der Abwahl der CDU gewählt. Die

Hoffnungen wurden enttäuscht: Lehrerstellenabbau statt Abschied vom selektiven Bildungssystem, Atomausstieg und Energiewende: Fehlanzeige, Milliardengrab Stuttgart 21 wird weitergebaut – zu Lasten der Bahn in der Fläche. Der versprochene Politikwechsel blieb aus, „Grün-Rot“ war nur ein Personalwechsel. Insbesondere fehlt der Landesregierung jegliches soziale Profil.

Landesregierung ohne soziales Profil

Mit einer CDU-SPD-Landesregierung hätte es ein gebührenfreies Kitajahr in Baden-Württemberg gegeben. Die CDU hatte im Jahr 2011 bereits Zustimmung signalisiert. MPK dagegen würgte die wichtigste SPD-Forderung nach der letzten Landtagswahl schon beim ersten Koalitionsgespräch ab. Zu einer Abschaffung der Studiengebühren war er bereit, was auch richtig war – aber die Bildungsnebenkosten im unteren Bereich der Gesellschaft stiegen dennoch drastisch an (z.B. Fahrkarten für Schüler und Azubis). Linke, ökosozialistische, radikal-demokratische und libertäre Parteiströmungen, die einst bei den Grünen aufgegangen waren, führen im grünen Landesverband schon seit Jahren ein randständiges Dasein und wurden mit der Regierungsübernahme restlos entmachtet bzw. in den Bundestag weggeleitet. Arbeitnehmer(innen), Prekariat und Flüchtlinge finden bei den Grünen im Land heute weniger soziale Interessenvertretung als bei SPD und CDU (siehe Entschließung Landkreistag). Die SPD hat sich mit der Schuldenbremse als oberstes Gebot in der Finanzpolitik von dringenden Investitionen verabschiedet: der soziale Wohnungsbau in den städtischen Zentren ist am Boden. Versprochene Krankenhausinvestitionen bleiben aus. Der Schienenverkehr in der Fläche wurde zugunsten von S-21 vernachlässigt, Verkehrsinfrastruktur und Schulbauten ebenfalls. Im ländlichen Raum fehlt es an öffentlicher Verkehrsinfrastruktur und wohnortnaher Gesundheitsversorgung. Notwendige Maßnahmen der Flüchtlingsunterbringung wurden trotz Warnungen des Landkreistages, von Kirchen und Pro Asyl ein ganzes Jahr lang vergeigt; die Lasten einseitig den Kommunen auferlegt. Beim Vergaberecht: 95 Prozent der öffentlichen Aufträge sind aufgrund der bei 20.000 Euro angesetzten Bagatellgrenze nicht betroffen! Der DGB hat hier einen der größten Kritikpunkte an der Regierung gehabt. Die Folge: trotz Reformvorhaben in der Schulpolitik und Fortschritten beim Vergaberecht verfügt die Landesregierung über kein soziales Profil.

Armut in einem reichen Bundesland

Nach Zahlen des statistischen Landesamtes sind 18 % der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg von Armut bedroht. Minijobs, Werkverträge, Befristungen sind schon lange keine Randerscheinung mehr nur im Dienstleistungssektor, sondern haben Einzug gefunden in die großen Industriebetriebe, in Gesundheitseinrichtungen, in Kommunalverwaltungen und alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Trotz niedrigen Arbeitslosenzahlen ist Baden-Württemberg kein Musterland mehr für gute und sichere Arbeit. Laut DGB hat die Zunahme der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg seine Ursache vor allem in der Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung und prekärer Arbeit. Die Entlohnung von Teilzeitarbeit ist im Verhältnis schlechter als die in Vollzeit. Folge: die Ausbreitung des Niedriglohnsektors nimmt zu. Die Zahl von Minijobs, bei denen keine oder nur geringe Sozialversicherungsansprüche entstehen, hat drastisch zugenommen. Leiharbeit wurde in den letzten Jahren im großen Stil und flächendeckend als Instrument der Lohnsenkung eingesetzt. Die zunehmende Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen sorgt dafür, dass junge Menschen, die ins Arbeitsleben eintreten, kaum noch eine Chance auf Lebens- und Familienplanung haben. Trotz Fachkräftemangel und Lehrstellenüberangebot haben viele Jugendliche keinen Zugang zum Ausbildungsmarkt. Normalverdienende Arbeitnehmerinnen müssen in Zentren wie Stuttgart und Freiburg mehr als die Hälfte des Einkommens für Miete und Energiekosten aufbringen. Sozialministerin Altpeter (SPD) will erst 2015 ihren ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg vorstellen. Bei der Erarbeitung einer vorgesehenen „Charta zur Armutsbekämpfung“ gilt bislang noch: absolute Fehlanzeige. Die Strategie der SPD ist: in der Sache nichts tun, aber im Landtagswahlkampf mit dem Thema punkten.

Grüne und SPD halten nicht was sie versprochen

75 % der Baden-Württemberger sprechen sich für mehr Bildungsinvestitionen aus, nur 19 % halten einen ausgeglichenen Etat für wichtiger. Die Landesregierung hält trotzdem an der Nullverschuldung fest; Haushaltskonsolidierung steht über Strukturpolitik. Notwendige Zukunftsinvestitionen werden geschoben, angeblich um „die folgende Generation nicht zu belasten“. DIE LINKE muss deutlich machen, dass wir mehr staatliche Investitionen brauchen: in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und Energiewende und dass diese Investitionen finanzierbar sind und nicht zwangsweise zu einem Schuldenstaat führen. Bei den Krankenhäusern und der Gesundheitsversorgung kommt die Landesregierung selbst ihren gesetzlichen Pflichten nicht nach. In vielen Bereichen haben eine oder beide Regierungsparteien ihre Wahlversprechen gebrochen: Bildung und Hochschulpolitik, Wahlrecht, Bürgerbeteiligung, Energiewende, Strompreise, S 21, Schienenverkehr, Ganztageschulen, Kitausbau, Frauenpolitik, Gleichstellung, Pflege, Finanzierung der Krankenhäuser, Inklusion, sozialer Wohnungsbau, Tarifreuegesetz, Asylpolitik, Armutsbekämpfung, ländlicher Raum, Zivilklausel, Bundeswehr an Schulen. Mehr Demokratie? Selbst die direkte Wahl der Landräte wurde fallen gelassen, obwohl sie von der CDU mitgetragen worden wäre. Die Landesregierung verhinderte im Landtag monatelang einen ordentlichen Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie. Nach Versagen der Enquetekommission und unter öffentlichem Druck gab die SPD jetzt ihre Blockade auf. Die Versäumnisse, Behinderungen und Verstrickungen der staatlichen Behörden bei der Aufklärung der Nazi-Morde sind nicht aufgeklärt sondern werden weiter im Dunkeln gehalten. Als Landesverband werden wir zu diesen Punkten eine zur Regierungshalbzeit begonnene Bilanz aktualisieren und 2015 öffentlich thematisieren.

Kein Rechtsruck! CDU will Rückkehr an die Macht; AfD formiert sich am rechten Rand

Die CDU hat das Mappus-Tief überwunden und liegt wieder deutlich bei über 40 % Wählerzuspruch. Über die Urwahl ihres Ministerpräsidentenkandidaten will sie eine Profilierung und Popularisierung ihres Führungspersonals erreichen. Gegen Guido Wolf oder Thomas Strobl wird sich MPK behaupten müssen, mit dem Image „hochangesehen, aber Auslaumodell“. Die Union beschränkt sich keineswegs auf konservative Wählergruppen, sondern will eine neue Anhangbildung im städtischen und liberalen Milieu bewirken und ihre starken Bastionen in der Facharbeiterschaft halten.

In der Reihen der CDU und von beiden Spitzenbewerbern wird Schwarz-Grün als nahe liegende und mögliche Option gehandelt. „Was die CDU in Hessen schafft, bekommen wir hier auch hin“, sprechen ihnen CDU-Kommunalpolitiker ganz offen nach. Die FDP in Baden-Württemberg ist noch nicht tot, sie wird versuchen, liberale Wirtschaftspolitik und Freiheitsrechte als Markenzeichen gegen die AfD zu verteidigen. Wenn die FDP durch die AfD abgelöst wird, verschiebt sich das gesamte Parteienspektrum deutlich nach rechts. Die AfD positioniert sich nationaler und wirtschaftsfreundlicher als die Union, als nationalliberale Kraft mit sozialchauvinistischen Aspekten, ähnlich der FPÖ.

Die AfD gibt sich als Protestpartei, handelt aber arbeitnehmerfeindlich und als Vorreiter des Sozialabbaus. Ihre Führungsleute im Land sind keine Dummköpfe, sondern bringen Erfahrung aus Wirtschaftslobbys und Politikbetrieb mit und werden sich von den klassischen Nazis deutlich abheben. Die AfD könnte langfristig zum neuen Stahlhelm der Union werden. Sie wird in der nationalistischen Grauzone agieren. Sie wollen ihr Programm mit dem der CDU kompatibel machen und sich das Image von Regierungsfähigkeit zulegen. DIE LINKE muss mit parlamentarische Präsenz und außerparlamentarischen Druck dafür kämpfen, dass es im Landtag und in Baden-Württemberg keinen Rechtsruck gibt.

Ausgangslage für die LINKE

Bei der letzten Landtagswahl mit 2,8 % gescheitert, bei der Europawahl 3,6 % und in derzeitigen Umfragen knapp 4 %. Innerhalb der drei großen Parteien gibt es keine Konstellation für die LINKE, die an eine Regierungsteilnahme denken lassen könnte. Der Linken bleibt die Rolle der Opposition oder konstruktiv ausgedrückt: die Rolle eines „Korrektivs“, egal zu welcher Landesregierung. Um diese Position einzunehmen, waren die Verdopplung unserer Kommunalmandate sowie die Erfolge der LINKEN in den Groß- und Mittelstädten bei den Kommunalwahlen von zentraler Bedeutung.

DIE LINKE ist im Alltag vieler Menschen in BW positiv präsent. Aber: auf etwa einem Drittel der Fläche des Landes ist die LINKE als Partei noch sehr schwach vertreten und mit Mandaten noch gar nicht. Hier lebt die Linke fast ausschließlich vom bundesweiten Trend, dieser ist derzeit zwar stabil gut, aber stagnierend. Seit den letzten Landtagswahlen wissen wir, die Linke kommt nur in den Landtag, wenn sie politischen Nutzen und bleibendes Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern erreichen kann.

Im Landtag fehlt eine linke Opposition

Die Chancen für einen Einzug der LINKEN in den Landtag sind heute dennoch besser als vor vier Jahren. Im Jahr 2011 machten SPD und Grüne Wahlkampf aus der Opposition heraus gegen die schwarz-gelbe Landesregierung und gegen einen unbeliebten Ministerpräsident Mappus. Im Landtagswahlkampf 2011 profilierten sich Grüne und SPD als oppositionelle Kraft mit linken und sozialen Themen. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 war auf ihrem Höhepunkt und trieb auch konservative Wähler im Land zu den Grünen. Hinzukam der grüne Hype nach der Atomkraftwerkkatastrophe in Japan. Selbst viele treue Wählerinnen und Wähler der LINKEN

entschieden sich in dieser Wechselatmosphäre bewusst für Grün-Rot. Auch 2016 kann es mit den Mehrheiten im Landtag knapp werden. Aber der regierenden Koalition fehlt diesmal ein soziales und linkes Image, das für einen Lagerwahlkampf taugt. Auch wenn es keine Wechselstimmung in Richtung CDU geben sollte: DIE LINKE kann 2016 plausibler erklären, warum es im Landtag dringend eine linke Opposition braucht, egal, welche Parteienkonstellation hinterher an der Regierung ist. Das ist ein entscheidender Unterschied zu 2011.

DIE LINKE ist kommunal nach wie vor nicht flächendeckend untersetzt, aber deutlich stärker als 2011. Die neuen kommunalpolitischen Erfahrungen bringen wir als zusätzliche Ressourcen landespolitisch mit ins „Spiel“. Alle landespolitischen Programmpunkte können wir inzwischen mit kommunalpolitischen Aussagen oder Aktivitäten anreichern.

Veränderung beginnt mit Opposition – mit dieser alten Weisheit kann DIE LINKE deutlich machen, dass es nicht allein auf Regierungskonstellationen ankommt, sondern auch darauf, dass soziale Interessen im Landtag nicht unter den Tisch fallen und dass antifaschistische und Antikriegskräfte zu Wort kommen und auch gehört werden im Land. Baden-Württemberg braucht die LINKE als Opposition im Landtag und als Stimme derer, die dort bislang nicht vertreten sind.

Wenn wir den Wählerinnen und Wählern darstellen können, welche wichtigen Anliegen ohne uns im Landtag nicht vertreten sind, haben wir eine Chance, auch bisherige Wähler/innen anderer Parteien anzusprechen und Unterstützung zu bekommen bei Menschen, die von Armut betroffenen sind, im alternativen, kritischen und gewerkschaftsnahen Bereich. Die Aussage „Politikwechsel nur mit uns“ wurde uns im letzten Wahlkampf nicht abgenommen, schon gar nicht als Machtoption. Daraus müssen wir lernen. Viel realistischer und überzeugender ist die Botschaft, dass, sofern wir im Landtag vertreten sind, sich auch die herrschenden Parteien im einen oder anderen wichtigen Punkt nach links bewegen müssen. Auf diese Zweckbestimmung sollten wir setzen und mit diesem Profil sollten wir werben, insbesondere in Gewerkschaften und in sozialen Bewegungen.

Voraussetzung für das Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde: Parteaufbau

Von jetzt bis März 2016 brauchen wir eine Steigerung dauerhafter Zustimmung um etwa 2 % im ganzen Land. Das erreichen wir nur über die Ansatzpunkte: Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit, Wirksamkeit unserer Kommunalpolitik, Parteaufbauprojekte in der Fläche, Schwerpunkte der Politik auf Landesebene.

Den bundesweiten Trend können wir nur wenig beeinflussen, die notwendige Präsenz in der Fläche schon. Baden-Württemberg hat 70 Landtagswahlkreise. Nach dem Wahlgesetz gibt es keine Landesliste. Das heißt: um überall wählbar zu sein, müssen wir in allen Wahlkreisen mit Kandidatinnen und Kandidaten antreten. Wir müssen in allen Wahlkreisen Unterschriften sammeln. Wir brauchen 70 gute Bewerberinnen, die unsere programmatischen Aussagen vertreten können, vor Ort verankert oder bekannt sind und kommunikative Fähigkeiten haben. Wir brauchen zudem bekannte Persönlichkeiten, die im Wahlkampf als Spitzenpersonal im ganzen Land agieren. Um den Landtagswahlkampf stemmen zu können, brauchen wir stabile Kreisstrukturen und politische Präsenz in allen Teilen des Landes, auch dort, wo wir noch weiße Flächen haben und kommunalpolitisch nicht vertreten sind. Diese Voraussetzungen können wir nicht erst im Wahlkampf schaffen, dafür brauchen wir jetzt einen Aufbauplan. Dazu gehören: innerparteiliche Ausbildung, Zusammenarbeit und Koordination in der Kommunalpolitik, Veranstaltungstätigkeit in allen Regionen. „Weiße Flächen“ werden zu roten, sobald wir dort mit aktiven Kreis- und Ortsverbänden öffentlich auftreten und politische Akzente setzen. Unsere Zeitung „Kurswechsel“ soll zu diesem Zweck in Flugblattform neu aufgelegt werden.

Mit den Aufbaumaßnahmen müssen wir jetzt beginnen. Die Landtagswahlen sind wichtig, aber nicht alles: Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Landespartei strukturell und dauerhaft zu stärken, nicht nur, aber auch, um die 5%-Hürde zu überspringen. Die entscheidenden Stimmen werden also nicht im Wahlkampf gewonnen, sondern in der täglichen Arbeit der LINKEN!

Schwerpunkthemen und Wählerpotentiale

DIE LINKE braucht, um zur Landtagspartei zu werden, beides: programmatische Breite und eine Zuspitzung ihrer Aussagen in Bereichen der sozialen Gerechtigkeit, das heißt soziale Mindeststandards; öffentliche Güter und Dienstleistungen; Teilhabe, Demokratie und selbstbestimmtes Leben. Die sozialen Schwerpunkte des Wählerpotentials der Partei die LINKE liegen – in unterschiedlichen Größenordnungen – nicht in einem sondern in drei sozialen Schwerpunkten. (zur Info: Neugebauer 2007, zitiert nach Hoff: „Abgehängtes Prekariat“ 28%. „Bedrohte Arbeitnehmermitte“ 16%. „Kritische Bildungseliten“ 20%). DIE LINKE ist im Parteiensystem inzwischen verankert. Ihre Wählerinnen und Wähler sehen ihre Interessen nicht ausschließlich in der sozialen Sicherung ihrer eigenen Lage, sondern haben soziale Einstellungen und gehören entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen an. Deshalb kann sich DIE LINKE in Baden-Württemberg nicht einfach zur Sachverwalterin eines Sachthemas erklären und glauben, dafür in den Landtag gewählt zu werden.

Landespolitische Diskussion zum Wahlprogramm beginnen

Bei der Erarbeitung des Landeswahlprogramms fangen wir nicht bei null an. Wir haben das Programm von 2011, wir haben inzwischen viele kommunal- und regionalpolitische Positionen und konnten politische Erfahrungen mit Grün-Rot sammeln. Bei der Kommunalwahl haben wir soziale Ideen in den Mittelpunkt gestellt: bezahlbare Mieten und Strompreise, keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen; Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit; Kitas und Schulesen kostenfrei; Sozialticket einführen; Bus und Bahn ausbauen; Vielfalt statt Verbote; Mitbestimmung und Bürgerrechte; Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze und Rassismus. Eine ähnliche Zuspitzung sollten wir auch für die Landespolitik vornehmen.

Landespolitik und soziale Bewegungen

Wir schreiben diesen Bezug nicht nur ins Landeswahlprogramm, sondern praktizieren das auch in der täglichen Politik, zum Beispiel in Bündnissen mit Mieterinitiativen, Flüchtlingsverbänden, Antifagruppen, Umwelt- und Sozialverbänden oder Einzelgewerkschaften. Themen wie TTIP oder Armut/prekäre Beschäftigung gehören mit linken Aussagen in die Kommunalparlamente und in den Landtag. Im Jahr 2015 stellen wir uns die Aufgabe, möglichst in allen Landesteilen regionale Ratschläge oder kleine thematische Konferenzen durchzuführen, mit Beteiligung von Bündnispartnern, zum Beispiel: (1) Arbeit, Armut, Reichtum (in Ba-Wü) – (2) Leben/Wohnen (in Ba-Wü), dabei auch Verkehr, Energie und Regionalentwicklung („Leben im ländlichen Raum“) – (3) Demokratie, Bürgerrechte – (4) Schulentwicklung/Bildung.

In die Landespolitik eingreifen – Auftakt beim Landesparteitag am 6. und 7. Dezember

Um landespolitische Positionen zu entwickeln und ein Landeswahlprogramm zu erarbeiten, brauchen wir die entsprechenden Arbeitszusammenhänge. Der Landesvorstand will eine solche Qualifizierung der Partei über einige Fachgruppen erreichen, in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und den Landesarbeitsgemeinschaften. Beim Landesparteitag im Dezember haben wir eine Gelegenheit, landespolitische Markierungen zu setzen, d.h. uns als linke Kraft zu präsentieren, die neben der Bundes- und der Kommunalebene auch als landespoliti-

sche Partei agiert. Um dies nach innen und außen zu zeigen, schlägt der Landesvorstand vor, auf dem Landesparteitag zu vier oder fünf Themenbereichen Workshops oder Foren einzurichten, dafür Inputs aus dem Landesverband zu organisieren und kompetente Gäste aus dem Bündnisspektrum einzuladen. Wir sollten auf dem LPT nicht alle, aber einige wichtige Politikfelder behandeln. Der Arbeitsauftrag der inhaltlichen Foren lautet: Wofür stünde DIE LINKE im Landtag? Die Ergebnisse

der Foren werden im Landesinfo publiziert.

Damit wird der Landesparteitag ganz praktisch nach innen und außen den Auftakt der programmatischen Debatte einleiten. Und wir machen damit klar, dass unsere Politik einen Bezug hat zu sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in Baden-Württemberg.

Bernhard Strasdeit, i.A. und nach Diskussion des Landesvorstandes

Aktiver und geplanter Parteiaufbau im ganzen Land

Vorgelegt zur Diskussion im Landesausschuss

In der Diskussion um die Ergebnisse von Kommunal-, Kreis- und Europawahlen ist deutlich geworden: nur wenn wir den Parteiaufbau ab jetzt planmäßig betreiben und dort präsent werden, wo wir es heute nicht sind, und Politik entwickeln, wo wir es heute nicht können (nur wenn wir damit auf der „Karte der weißen“ Flecken voran kommen), nur dann haben wir überhaupt eine Chance, die Fünf-Prozent-Hürde bei den Landtagswahlen zu überwinden.

Das erfordert aber eine aktive Weiterentwicklung unseres Kurses in Sachen Parteiaufbau und Organisationsentwicklung im Land. Im Selbstlauf passiert nichts, schlimmer noch, wir würden zwar etwas wachsen dort, wo wir sind, aber wir schrumpfen immer mehr dort, wo wir bisher kaum oder schwach vertreten sind.

Dazu folgende Vorschläge zur Umsetzung mit den Kreisverbänden durch die regional Verantwortlichen und die Mitglieder des Landesvorstandes in den vier Regionen:

- Für alle Kreisverbände mit rund 50 und weniger Mitgliedern entwickeln wir gemeinsame Aufbau- und Aktionspläne 2014/2015. Diese erarbeiten wir zusammen mit Kreisvorständen und mit Mitgliedern des Kreisverbandes und diskutieren sie mit allen Mitgliedern des Kreisverbandes.
- Zur gemeinsamen Sache machen wir die Entwicklung und Umsetzung dieser Aufbaupläne jeweils in den Regionen, indem wir sie auch in einer Konferenz der Kreisvorstände der Region besprechen und in den Kreisverbänden der jeweiligen Region auch Unterstützung organisieren. (Von den Kreisvorständen sollten mindestens Sprecher/in und Stellvertreter/in sowie Kreisschatzmeister/in vertreten sein.)
- Wir treffen dabei auf zwei Konstellationen: Kreisvorstände, die vor allem in Ihrer Arbeit unterstützt werden müssen, und Kreisverbände, wo wir zunächst einmal ein Netz der Aktiven vor Ort entwickeln und vernetzen müssen. Für beides müssen

wir die angemessenen Methoden und Vorgehensweisen der Zusammenarbeit entwickeln.

- Nach einer Sichtung der objektiven Verhältnisse auf dem Gebiet des Kreisverbandes, der Konflikte und vor allem der Anknüpfungspunkte bei Mitgliedern und befreundeten Menschen und Organisationen sollte das erste Ziel in der Entwicklung von Informations- und Kommunikationsschwerpunkten an einzelnen Orten sein. Der Bezugspunkt dazu ist ganz klar: wo sind Mitglieder des KV und Leute, mit denen wir zusammenarbeiten können.

• Als erste Aktivitätsstruktur schlagen wir ein kleines Veranstaltungsprogramm in der Fläche, an wenigen Schwerpunkorten zu allgemeinen Themen aber besser noch zu Themen der Region und des Ortes unter allgemeinem Aspekt der Politik der LINKEN vor. Als Referentinnen und Referenten denken wir an die Mitglieder von Landesvorstand und Kreisvorständen, von LAGs und an die Einladung von MdBs. Damit können wir schon mal recht viele interessante Fragen abdecken. Vom Landesvorstand und der LGs wird die Erstellung des Programms und der Flyer für dieses Programm unterstützt.

- Die Durchführung dieser Veranstaltungsreihe verbinden wir mit Ständen und öffentlichen Einladungen, Einladungen an die Mitglieder und an befreundete Menschen und Organisationen.
- In Hinblick auf die Landtagswahlen und für den Parteiaufbau sammeln und pflegen wir Kontaktadressen und -beziehungen, die wir systematisch in die weitere Einladungs politik einbeziehen. Auf sie wollen wir dann auch erneut für die Gewinnung der Unterschriften zu den Landtagswahlen zugehen.
- Zu prüfen, diskutieren, klären ist, ob, wo und wie wir längerfristig auch Wahlinitiativen zu den Landtagswahlen bilden könnten. Jedenfalls müssen wir in viel höherem Maße als bisher und als in den größeren KVs „aktive Nichtmitglieder“ von Anfang an auch für aktive Mitarbeit gewinnen.

• Zusammen mit dem Landesvorstand wäre zu klären, mit welcher Form und welchem Inhalt von des „Kurswechsel“ diese Arbeit unterstützt werden kann.

• Unterstützt von den Strukturen des Landesverbandes bauen wir in diesen Gebieten und seinen jeweiligen Schwerpunkten und Kontakten ein Kommunikations- und Informationsnetz auf. (Rundmails, entsprechende Gestaltung der Website). Zu prüfen ist auch, in welcher Form wir Socialmedia dabei einsetzen können.

• Mit Solid sollten wir über unterstützende „Landfahrten“, Jugendzentrumsbesuche etc. auch zur Mitgliedergewinnung für Solid sprechen.

• Bei jeder Tagung des Landesausschusses sollte der Punkt Parteiaufbau in den Regionen auf der Tagesordnung stehen. *Christoph Cornides, Landesschatzmeister, Sept. 2014,*

Votum des Landesausschusses: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Bildungsprogramm November/Dezember 2014

No Pasaran – Eine Geschichte von Menschen, die gegen den Faschismus gekämpft haben

11.11., 20 Uhr, Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

Rückschrittliche und fortschrittliche Tendenzen im Kriminalroman

12.11., 19.30 Uhr, Buchtreff Büchergilde, Charlottenstr. 1, Stuttgart

Der Kampf um Kobané, Ausnahmezustand in der Türkei

13.11., 18.30 Uhr, DDF, Borsigstr. 5, Stuttgart

Bedingungsloses Grundeinkommen - zukunftsweisende Idee oder sozialpolitische Sackgasse?

13.11., 19 Uhr, Arbeiter-Zentrum, Sindelfingerstr. 14, Böblingen

Frieden schaffen mit deutschen Waffen?

19.11., 20 Uhr, Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23, Reutlingen

Brandstifter von gestern: Faschismus im Kriminalroman

19.11., 19.30 Uhr, Buch und Plakat, Wagnerstr. 43, Stuttgart

Ein Leseabend aus Anlass des 80. Todestages von Erich Mühsam

21.11., 20 Uhr, Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

Ein kultureller Abend zu Ernst und Karola Bloch

21.11., 20 Uhr, Schletterhaus, Osterbergstr. 2, Tübingen

Am Anfang war Mord - Krimi und Kirche

26.11., 19.30 Uhr, RLS Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Warum polit. Bewegungen und philosophische Reflexion einander bedürfen

27.11., 19.30 Uhr, Württ. Kunstverein, Schlossplatz 2, Stuttgart

Eine Einführung in die Philosophie von Ernst Bloch

28.11., 15 Uhr, Clubhaus, Wilhelmstr. 30, Tübingen

Kommunalpolitischer Bildungstag: TTIP und «Schreibwerkstatt»

29.11., 10 - 17 Uhr, Bürgerräume West, Bebelstr. 22, Stuttgart

Menschenwürde und konkrete Utopie im Denken von Ernst Bloch

03.12., 20 Uhr, Neue Aula (Hörsaal 1), Wilhelmstr. 7, Tübingen

Gehört der Verfassungsschutz abgeschafft?

04.12., 19 Uhr, Uni (Raum A 701), Universitätsstr. 10, Konstanz

Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Ausstellungsmisssage

10.12., 18.30 Uhr, Kulturhaus RonnoKher, B7, 16, Mannheim



Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides (Landeschatzmeister), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@die-linke-bw.de. • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landesgeschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg Iban: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFF (BLZ 600 100 70, Konto 289582700)

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 44, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE

KE.Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 0171/4239869, Mail: heinrich_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: ErnstKern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail:

die-linke-konstanz@gmx.de

Kraichgau-Neckar-Odenwald

Sascha Morr, Taubenweg 2, 69436 Schönbrunn; www.die-linke-kno.de Bernd.Malmberg@die-linke-kno.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenaue.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de. www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Udo Rauhut, Lange Str. 29, 71394 Kernen, 0170/9361649, udo.rauhut@die-linke-remsmurr.de. Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, reinhard.neudorfer@die-linke-remsmurr.eu. www.dielinke-remsmurr.de

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/6738478, h.l.stuertz@gmx.net, www.die-linke-rheinhardt.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754- 929243, paul.barrois@web.de

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

LAG Antikapitalistische Linke

AKL, Werner Ott, w.ott@dielinke-stuttgart.de

LAG Antifa

Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

LAG Bildung

Erhard Korn, lag-bildung@kabelbw.de

LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Lars Hilbig, 0171-7096730, lars.hilbig@forum-ds.de

LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

LAG Frauen

Susanne Weiß, susannegweiss@gmail.com

LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar_schuchmann@gmx.de

LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun,
0731-evamaria_glathe@gmx.de

LAG Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, 07331-66520,
renata.eckhoff@t-online.de

LAG Linke Unternehmer/innen

Volker Bohn, 0151-14906528,
volker.bohn@dielinkeunterland.de

LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, mail@
wolfgangkaemmerer.de

LAG Queer

Christian Stähle, 0171-9181900,
Stadtrat-Staehle@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, 07071-369783,
gotthilf.lorch@amici-tue.de

**Hochschulgruppen
DIE LINKE.SDS**

Freiburg: jt.meier@gmx.de •
Heidelberg: www.sds-heidelberg.de •
Karlsruhe: die-linke@usta.de •
Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com •
Ludwigsburg: urdenc@gmail.com •
Mannheim: sds@dielinke-ma.de •
Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe,
Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de,
www.solid-bw.de

**Bundestags-
abgeordnete**

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4,
72074 Tübingen, Tel. 07071-208810,
Fax: 07071-208812, heike.haensel@
wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg,
Lindenstr. 27, 89077 Ulm.
Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824,
ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB),
Fax: (0721) 3548 9396. Mail:
karin.binder@wk.bundestag.de,
www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffen-
eggring 2, 79098 Freiburg, Tel:
0761-292807301, gregor.mohlberg@
die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel.
(0621) 401713-7, Fax: (0621)
401713-9, michael.schlecht@

wk2.bundestag.de, www.
michael-schlecht.net
Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr.
3a, 70178 Stuttgart; michael.
schlecht@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Annette Groth

Wilhelmstr. 31, 88045 Friedrichshafen,
Tel.: 07541/6 01 72 43, Tel.: 07541/6 01 72 44,
annette.groth.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen,
Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031)
8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de,
www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40,
74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992,
Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.
bundestag.de

Kommunalmandate

Aufgeführt sind die alle bekannten
Mandatsträger/innen, die Mitglieder der
LINKEN sind oder über (Bündnis-)Listen der
LINKEN gewählt wurden.

**Regionalversammlung
Stuttgart**

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.
Hoepfner@region-stuttgart.org),
Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@
region-stuttgart.org), Christoph Ozasek
(Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org),
Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de)

Kreistage

BIBERACH: Ulrich Widmann (ulidwidmann@aol.com); **BÖBLINGEN:** Markus Arnold (markus.arnold.bb@gmx.de), Norbert Fößinger (nfuessinger@web.de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.ostmeyer@die-linke.de); **BODEN-SEE:** Roberto Salerno (roberto.salerno@gmx.de), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de), Jo-
chen Findeisen (attacnt@yahoo.de), Reinhold Riedel (reinhold.riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de); **HEILBRONN:** Johannes Müllerschön (johmuellerschoen@nexgo), Florian Vollert (florian.vollert@gmx.de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern (ernstkern@gmx.de); **KARLSRUHE:** Jürgen Creutzmann (creutzmannjuergen@web.de); **KONSTANZ:** Marco Radojevic (marco.radojevic@gmx.de), Hans-Peter Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen Kemmerle (kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de), Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de), Walter Kubach (walter.kubach@t-online.de), Annegret Jeziorski

(taz_anne2003@yahoo.de); **MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning (rechtsanwalt-gruening@t-online.de); **ORTENAU:** Andreas Kirchgöbner (solylibertad@web.de), Lukas Oßwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de); **OSTALB:** Veronika Stossun (stossun@online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **RAVENSBURG:** Till Bastian (t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de), Lars Raible (lars.raible@web.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober (st.kober@arcor.de), Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz (p.braunseitz@t-online.de), Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de), Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Detlef Gräser (d.graeser@web.de), Mandy Vacklahovsky (vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Margit Paal (maggie@lu15.de), Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher (kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele (portelgreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser (a.u.t.hauser@t-online.de)

Stadt- und Gemeinderäte

AALEN: Roland Hamm (roland.hamm@gmx.de), Cora Berreth (coraberreth@gmx.de); **BAD SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa (2066@freenet.de); **BIBERACH:** Ralph Heidenreich (ralph@ralph-heidenreich.de); **BRACKENHEIM:** Volker Bohn (volker.bohn@dielinke-unterland.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth (h.fuelberth@gmx.de); **BRUCHSAL:** Thurid Feldmann (info@thurid-feldmann.de); **FELLBACH:** Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **ESSLINGEN:** Werner Bolzhauser (kulturamrande@kulturamrande.de), Tobias Hardt (tobiashardt@web.de); **FREIBURG:** Michael Moos (michael.moos@linke-liste-freiburg.de), Hendrikk Guzzoni (hst.guzzoni@web.de), Ulrike Schubert (ulmischubert@gmx.de), Lothar Schuchmann (lothar_schuchmann@gmx.de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef Mayer (seppmayer@buchholz6.de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag (holger.schrag@sch-it.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de), Hüsnyüce Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Sahra Mirow (sahramirow@googlemail.com), Bernd Zieger (zieger-b@t-online.de), Hildgard Stolz (hilde.stolz@t-online.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de), Norbert Fandrich (lisa.fandrich@t-online.de); **HEIL-**

BRONN: Bettina Michaelis (bttn.michaelis@googlemail.com), Hasso Ehinger (ehinger.hasso@web.de); **KARLSRUHE:** Nikolaos Fostropoulos (niko@fostropoulos.de), Sabine Zürn (sabinez@viacanal.de); **KONSTANZ:** Holger Reile (h.reile@seemoz.de), Anke Andrea Schwede (anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org); **LAHR:** Lukas Oßwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de), Sonja Rehm (sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitte Hutter (lalunahug@web.de); **LÖRRACH:** Mateo Di Prima (m.diprima@web.de); **LUDWIGSBURG:** Oliver Kube (oli.kube@web.de), Claudia Dziubas (claudidz@yahoo.de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper (thomas.trueper@mannheim.de), Gökyak Akbulut (goekyakbulut@gmail.com), Julien Ferrat (julien.ferrat@yahoo.de); **PFORZHEIM:** Claus Spohn (claus.spohn@online.de), Peter Pfeiffelmann (info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de), Jessica Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Christian Hörburger (hoer.obernau@t-online.de), **SCHWÄBISCH GMÜND:** Sebastian Fritz (seba-fritz8@web.de), Hubert Buchstaller (chirurgie-buch@t-online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **SINDELFINGEN:** Richard Pitterle (richard.pitterle@linke-bb.de), Margarete Mohr (peggy_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller (mueller.sipplingen@gmx.de); **STUTTGART:** Thomas Adler (tomadler@01019freenet.de), Laura-Zarita Halding-Hoppenreit (lauraskingsclub@aol.com), Christoph Osazek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Gotthilf Lorch (gotthilf.lorch@amici-tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.rosenkranz@googlemail.com), Felix Schreiber (felix.s@hotmail.de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl (monikabehl@gmx.net), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker (uwe.peiker@t-online.de), Doris Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAIHINGEN AN DER ENZ:** Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de) **WEINHEIM:** Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Matthias Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn (paulhklahn@gmx.net)



Am 11. Oktober 2014 beim Aktionstag...



Besigheim, Kreis Ludwigsburg



Heidelberg

DIE LINKE
Stichwort: TTIP/CETA
Kleine Alexanderstr. 28
D-10178 Berlin

an Dritte weitergegeben,
er Mail verlangt werden.
Tel: 030 420 823 79,
sum: Stop
nfo@stap
it auf 100



Stuttgart



Karlsruhe



Freiburg

...solidarisch in den Bündnissen gegen die...



Tübingen demonstriert in Stuttgart



Ulm



SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄ



Mannheim

...Freihandelsabkommen
TTIP, CETA & CO.

DIE LINKE.

sammelt für

Gegenstand

Wir fordern die Institutionen
dazu auf die Verhandlungen



Soziale Gerechtigkeit statt Geheimakt der Konzerne:

TTIP-Geheimakt
stoppen! DIE LINKE.